

mittelstands magazin

DAS MAGAZIN DER **MIT**
FÜR ENTSCHEIDER IN
WIRTSCHAFT UND POLITIK

06
2020

DEZEMBER 2020
WWW.MIT-BUND.DE
ISSN 1865-8873

DIGITALISIERUNG

Immer noch Neuland?

RECYCLING

Die Kreislaufwirtschaft muss ins Wahlprogramm

INTERVIEW MIT PAUL ZIEMIAK

„Wir sind gelassener
und schneller“



Elektrisierende Gelegenheit.

Jetzt exklusiv für Businesskunden¹: rein elektrisch Audi e-tron fahren für nur € 399,- pro Monat zzgl. MwSt.



Jetzt digital erleben.
Kosten laut Mobilfunkvertrag.

Sichern Sie sich den Umweltbonus inklusive Innovationsprämie².

€ 399,-
pro Monat zzgl. MwSt.

Leasingbeispiel für Businesskunden¹: Audi e-tron S line 50 quattro³

³Stromverbrauch (kombiniert) in kWh/100 km: 23,6–21,4 (NEFZ); 25,8–21,7 (WLTP); CO₂-Emissionen (kombiniert) in g/km: 0; Effizienzklasse: A+. Angaben zu den Kraftstoff-/Stromverbräuchen und CO₂-Emissionen bei Spannbreiten in Abhängigkeit von der gewählten Ausstattung des Fahrzeugs.

Leistung:	71 kWh/230 kW
Vertragsdauer:	36 Monate
Jährliche Fahrleistung:	10.000 km
Monatliche Leasingrate:	€ 399,- zzgl. MwSt.
Sonderzahlung (entspricht Bundesanteil am Umweltbonus ²):	€ 5.000,-

Ein Angebot der Audi Leasing, Zweigniederlassung der Volkswagen Leasing GmbH, Gifhorner Straße 57, 38112 Braunschweig. Zzgl. Überführungskosten und MwSt. Bonität vorausgesetzt. Nur beim teilnehmenden Audi Partner erhältlich.

¹Das Angebot gilt nur für Kunden, die zum Zeitpunkt der Bestellung bereits sechs Monate als Gewerbetreibender (ohne gültigen Konzern-Großkundenvertrag bzw. in keinem gültigen Großkundenvertrag bestellberechtigt), selbstständiger Freiberufler, selbstständiger Land- und Forstwirt oder Genossenschaft aktiv sind.

²Etwaige Rabatte bzw. Prämien sowie der Herstelleranteil am Umweltbonus sind im Angebot bereits berücksichtigt. Der Erwerb (Kauf oder Leasing) eines neuen Audi e-tron 50 quattro³ durch Privatpersonen, Unternehmen, Stiftungen, Körperschaften und Vereine nach dem 18.05.2016 wird mit dem Umweltbonus inklusive Innovationsprämie gefördert, sofern das Fahrzeug nach dem 03.06.2020 und bis zum 31.12.2021 zugelassen und der Erwerb nicht zugleich mit anderen öffentlichen Mitteln gefördert wird. Ausnahme: Der jeweilige Fördermittelgeber hat eine Verwaltungsvereinbarung mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie geschlossen, wobei es aber zum Zeitpunkt der Antragstellung beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) noch zu keiner Auszahlung gekommen sein darf. Das Fahrzeug muss im Inland auf den Antragsteller zugelassen werden (Erstzulassung) und mindestens sechs Monate zugelassen bleiben. Sofern das Fahrzeug nach dem 04.11.2019 erstmals zum Straßenverkehr zugelassen wird, beträgt die Höhe des Umweltbonus inklusive Innovationsprämie insgesamt € 7.500,-. Ein Drittel des Umweltbonus wird seitens der AUDI AG direkt auf den Nettokaufpreis gewährt, zwei Drittel des Umweltbonus (Bundesanteil am Umweltbonus inklusive Innovationsprämie) werden nach positivem Zuwendungsbescheid auf Antrag beim BAFA unter www.bafa.de ausbezahlt. Der Antrag auf Gewährung des Bundesanteils am Umweltbonus muss bei Zulassung nach dem 04.11.2019 spätestens ein Jahr nach Zulassung über das elektronische Antragsformular unter www.bafa.de eingereicht werden. Auf die Gewährung des Umweltbonus besteht kein Rechtsanspruch und die Förderung endet mit Erschöpfung der bereitgestellten Fördermittel, spätestens jedoch zum 31.12.2025. Nähere Informationen zum Umweltbonus sind auf den Internetseiten des BAFA unter https://www.bafa.de/DE/Energie/Energieeffizienz/Elektromobilitaet/Neuen_Antrag_stellen/neuen_antrag_stellen.html abrufbar.

Das abgebildete Fahrzeug ist teilweise mit Sonderausstattungen gegen Mehrpreis ausgerüstet.

Akzeptanz ist die wichtigste Währung

*Liebe Lesenden
und Les,*

Corona gibt in unserem Land weiterhin den Takt vor. Die Abstände, in denen sich die Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin treffen, um über weitere Corona-Maßnahmen zu beraten, scheinen immer kürzer zu werden. Gleiches gilt für die Halbwertszeit der Maßnahmen, die dort beschlossen werden. Immer wieder werden in einer großen Pressekonferenz detaillierte Vorgaben präsentiert, die dann wenige Stunden später von einzelnen Ministerpräsidenten einkassiert oder – sagen wir es netter – neu interpretiert werden. Das Ergebnis: Die Verwirrung im Land nimmt zu. Leider auch der Frust.

Angesichts des Umstandes, dass wir trotz bald beginnender Impfungen noch lange mit diesem Virus werden leben müssen, verheißt das nichts Gutes. Denn die wichtigste Währung im Kampf gegen das Virus ist in einer freiheitlichen Gesellschaft nicht politische Härte, sondern schlicht Akzeptanz. Nur wenn die Menschen die Maßnahmen nachvollziehen und als logisch empfinden können, haben wir die größten Chancen auf Erfolg.

Vor diesem Hintergrund werbe ich dafür, eine Strategie zu entwickeln, die wir über einen längeren Zeitraum durchhalten können. Eine Strategie, die auch die ökonomischen, sozialen und physischen Folgen berücksichtigt. Eine Strategie, die auch in Corona-Zeiten ein wirtschaftliches und öffentliches Leben möglich macht. Dazu gehört unter anderem eine verbesserte Warn-App, die den Nutzern die Möglichkeit gibt, ihre Bewegungsdaten freiwillig zur Verfügung zu stellen, um das Infektionsgeschehen besser verstehen zu können. Auch was den Schutz von Risikogruppen angeht, besteht noch viel Luft nach oben.

Nachbesserungsbedarf besteht darüber hinaus im Hinblick auf die Entschädigung der vom aktuellen Lockdown Betroffenen. Entschädigung ja und unbedingt, aber bitte zielgenau und nicht mit der Gießkanne! Einfach nur den



Umsatz als Maßstab für Schadensersatz heranzuziehen, geht oft an der Realität vorbei und ist vor allem mit Ungerechtigkeiten und Abgrenzungsproblemen verbunden. Zielführender wäre es, an den Fixkosten der Betriebe großzügig anzusetzen und die Lebenshaltungskosten sicherzustellen. Daneben hat die CDU unseren Vorschlag aufgegriffen und eine verbesserte steuerliche Verlustverrechnung angekündigt. Damit kann der Staat zielgenau den Unternehmen helfen, die vor der Krise Gewinne erzielt haben und nun allein pandemiebedingt Verluste schreiben.

Jetzt ist es unsere Aufgabe, auch den Koalitionspartner davon zu überzeugen, dass die „Bazooka“-Politik an ihre Grenzen stößt und an ihre Stelle passgenaue Hilfe treten muss. Ansonsten drohen nicht nur ökonomische Schäden, die vor allem künftige Generationen belasten werden, sondern auch gesellschaftliche. Denn eine Gesellschaft, in der soziale Kontakte dauerhaft auf ein Minimum reduziert werden, driftet auseinander.

Ich wünsche Ihnen ein gesegnetes Weihnachtsfest und reichlich Vitalität für 2021!

Herzliche Grüße

Carsten Linnemann

Carsten Linnemann
MIT-Bundesvorsitzender



10

Impressum

Herausgeber:
Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), vertreten durch den Bundesvorsitzenden Dr. Carsten Linnemann MdB und den Hauptgeschäftsführer Thorsten Alsleben

Schadowstraße 3, 10117 Berlin
E-Mail: redaktion@mit-bund.de
www.mit-bund.de

Chefredaktion:
Thorsten Alsleben (v.i.S.d.P.)

Chef vom Dienst:
Hubertus Struck

Redaktion:
Micha Knodt
Richard Praetorius

Verlag, Anzeigenleitung und Druck:
Union Betriebs-GmbH (UBG)
Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach
Telefon: 02226 802-213
Telefax: 02226 802-222
E-Mail: verlag@ubgnet.de
www.ubgnet.de
Geschäftsführer: Jürgen von Meer
Projektleitung: Sonja Bach-Meiers

Art-Direktion:
UBG Büro Berlin

Titelbild:
Rothwangl/SUEZ Deutschland

Druckauflage
4. Quartal/2020:
26 000 Exemplare
Die Mitgliedschaft in der IVW und die daraus resultierende Auflagenkontrolle wird seit dem 1. Quartal 2017 nahtlos fortgeführt.

Anzeigenverkauf:
Nielsen I, II, V, VI
Verlagsvertretung Getz
Telefon: 02205 86179
E-Mail: info@getz-medien.de

Nielsen IIIa, IIIb, IV, VII
Braun Medien GmbH
Telefon: 0221 7881443
E-Mail: braun@braun-medien-gmbh.de

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Verwendung nur mit Genehmigung.
© Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT). Das Mittelstandsmagazin erscheint sechsmal jährlich. Für Mitglieder der MIT ist der Bezug des Mittelstandsmagazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage der Firma Schultz GmbH & Co. KG. Wir bitten unsere Leser um freundliche Beachtung.

MIT:EDITORIAL
Akzeptanz ist die wichtigste Währung 3
von Carsten Linnemann

MIT:KOLUMNE
Länder müssen mehr schultern 8
von Angela Wefers

MIT:TITEL
Digitalisierung Immer noch Neuland? 10
Bei der Digitalisierung zeigt sich, dass Deutschland Probleme nicht allein mit Geld lösen kann.

Recycling
Warum unsere Rohstoffe im Kreis laufen sollten 26
Die Kreislaufwirtschaft könnte ein wichtiger Schlüssel für mehr Umweltschutz werden.



32



MIT:ERKLÄRT
US-Wahl
Von Trump zu Biden: Was passiert jetzt? 30
Wie funktioniert die Übergabe? Und was ist vom neuen Präsidenten zu halten?

30

MIT:INTERVIEW
Paul Ziemiak im Interview
„Wir sind gelassener und schneller“ 18
Der Generalsekretär über den Umbau des Konrad-Adenauer-Hauses, den Parteitag und die Bundestagswahl.



18

MIT:DEBATTE
Pro & Contra
Schränken die Corona-Maßnahmen die Freiheit zu sehr ein? 32
Christoph Ploß und Uwe Feiler diskutieren.

MIT:FAKTEN 6, 9
Südeuropa schwächelt, der stationäre Handel leidet und Arbeit lohnt oft nicht.

MIT:INSIDE
EU-Check 34
Neumitglieder 36
Mitgliederstatistik 38

The DHL logo is positioned at the top center of the page. It features the letters 'DHL' in a bold, italicized, sans-serif font, with three horizontal lines on either side. The background is a vibrant yellow with abstract, overlapping shapes in shades of red and orange, suggesting a stylized globe or a dynamic environment. There are also several white circles of varying sizes scattered across the upper right portion of the image.

ALLES UND NICHTS HAT SICH VERÄNDERT.

Für die meisten war 2020 ein schwieriges Jahr.

Die Welt fühlt sich heute nicht nur ein bisschen unsicher an, sondern sehr. Deswegen ist es ein gutes Gefühl zu wissen, dass das, was gestern wichtig war, heute auch noch zählt. Vielleicht sogar mehr denn je. Wie zum Beispiel gemeinsame Ziele. Gemeinsam versuchen wir, unsere Schulen, Krankenhäuser, Unternehmen und Grenzen geöffnet zu halten. Für uns wird sich daran nichts ändern. Auch nicht an unserem Bekenntnis zu einer Welt, in der immer globaler gehandelt wird, die immer mehr Ideen miteinander teilt und die gemeinsam immer mehr Probleme löst. Wenn man es so betrachtet, hat sich doch nicht soviel verändert. Zum Glück.

globaltrade.dhl/de





Ältere sind umweltbewusster als Jüngere

Ältere Menschen sind eher bereit, ihr Konsumverhalten zugunsten des Klimas zu ändern. Zu diesem Ergebnis kommt das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie. Der Aussage „Ich achte im Alltag sehr darauf, Ressourcen zu schonen“ stimmten nur 43 Prozent der 19- bis 29-Jährigen zu. Von den 40- bis 49-Jährigen stimmen 62 Prozent zu, jenseits von

60 Jahren sogar 70 Prozent. Dieses Muster zieht sich durch viele weitere Fragen der repräsentativen Studie. Darin zeigt sich auch, dass die Klimabewegung „Fridays for Future“ keineswegs die jüngere Generation repräsentiert. Nicht einmal jeder Zweite (44 Prozent) der 19- bis 29-Jährigen findet die Gruppe „voll und ganz“ oder „eher“ unterstützenswert.

Osteuropa holt auf, Süden schwächelt

Um so viel Prozent wuchs das nominale Bruttoinlandsprodukt zwischen 2009 und 2018 in den EU-Mitgliedsländern im ...

Süden

14,6

Norden

37,2

Osten

49,6

Osten: Polen und Tschechien sowie alle weiter östlich gelegenen Mitgliedsstaaten
Süden: Frankreich und Italien sowie alle weiter westlich und südlich gelegenen Mitgliedsstaaten

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Die osteuropäischen Länder nähern sich wirtschaftlich den nordeuropäischen Volkswirtschaften an. Nicht so rosig sieht es dagegen im Süden der EU aus, wie eine Berechnung des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) zeigt. Während die nominale Wirtschaftsleistung in Nordeuropa zwischen 2009 und 2018 um knapp 37 Prozent zulegte, erreichten die südlichen Länder im selben Zeitraum ein Wachstum von rund 15 Prozent. Damit ist die Kluft zwischen Nord- und Südeuropa in den vergangenen Jahren größer geworden. Grund für den schwächelnden Süden sind noch immer die Auswirkungen der Schuldenkrise in der Eurozone.



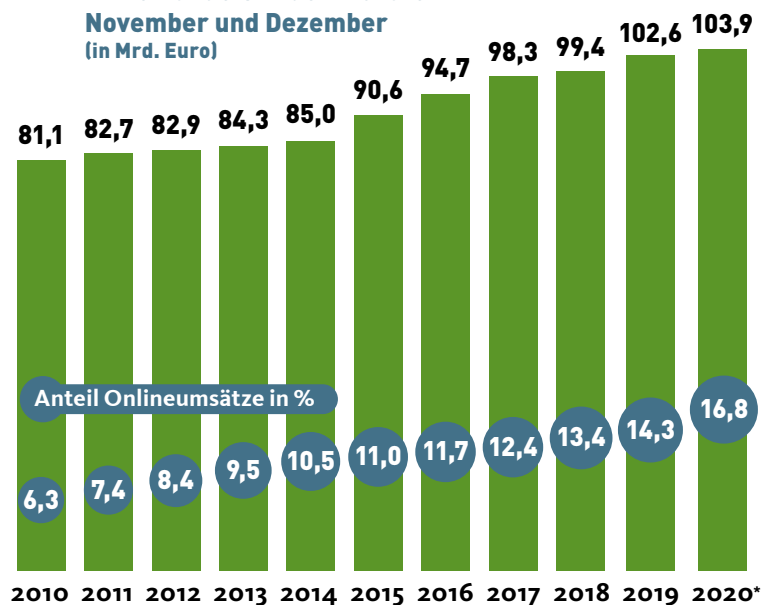
Zahl der Insolvenzen weiter rückläufig

Die Wirtschaft steckt in der größten Krise seit Jahrzehnten, bundesweit müssen Betriebe in den Lockdown – doch es gehen weniger Unternehmen pleite als sonst. So registrierte das Statistische Bundesamt nach vorläufigen Daten zwischen Januar und Oktober 18.200 eröffnete Regelinsolvenzen. Im Vorjahreszeitraum waren es rund 22.600. Die Gründe dafür dürften in der breiten Nutzung der staatlich geförderten Kurzarbeit sowie in der zeitweise ausgesetzten Pflicht zur Insolvenzanmeldung liegen. Zudem werden viele Anträge aus dem Oktober derzeit noch bearbeitet. Der MIT-Bundesvorsitzende Carsten Linnemann geht deshalb fest von einer Insolvenzwelle im ersten Quartal aus, vor allem im Maschinenbau, im Hotel- und Gaststättengewerbe sowie in der Touristik- und Veranstaltungsbranche.



Gekauft wird weiter – aber online

Umsätze des deutschen Einzelhandels in den Monaten November und Dezember (in Mrd. Euro)

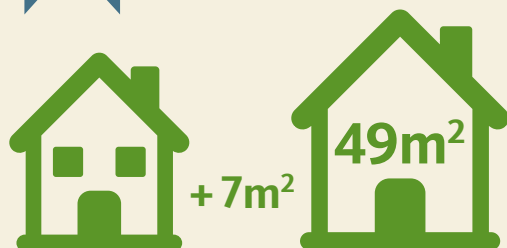


* Prognose Stand: 5.11.2020

Quelle: HDE

Der deutsche Handelsverband HDE rechnet damit, dass der Einzelhandel im November und Dezember seine Umsätze insgesamt um 1,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf knapp 104 Milliarden Euro steigern kann. Aber: Klarer Wachstumstreiber ist der Online-Handel. Er wird voraussichtlich um 19 Prozent auf dann über 17 Milliarden Euro zulegen. Das entspricht einem Anteil am gesamten Weihnachtsgeschäft von rund 17 Prozent. Klarer Verlierer sind demnach rein stationäre Händler vor Ort. Die MIT hat sich deshalb dagegen ausgesprochen, den Lockdown im Dezember unverändert fortzusetzen. Denn mit Blick auf geschlossene Cafés und Restaurants weichen viele Kunden auf Online-Käufe aus.

„Angezählt“



In Deutschland steigt die durchschnittliche Wohnfläche seit Jahrzehnten an – trotz konjunktureller Einbrüche und gestiegener Immobilienpreise. Aktuell lebt jeder Einwohner im Schnitt auf knapp 49 Quadratmetern. Das sind sieben Quadratmeter mehr als im Jahr 2000. Zwar ist der Trend in Großstädten gegenläufig. Dennoch prognostiziert das Institut der deutschen Wirtschaft, dass die Pro-Kopf-Wohnfläche im Jahr 2030 insgesamt auf 52 Quadratmeter steigen wird. Als Ursache für die Entwicklung gelten vor allem steigende Einkommen und der Trend zur Singularisierung: 1991 betrug der Anteil der Singlehaushalte in Deutschland 34 Prozent. 2018 wurden schon 42 Prozent der Wohnungen allein bewohnt.

Länder müssen mehr schultern

Von Angela Wefers



Angela Wefers (60) leitet die Berliner Redaktion der Børsen-Zeitung und schreibt dort über Wirtschafts-, Finanz- und Finanzmarktpolitik. Sie engagiert sich zudem im Vorstand der Bundespressekonferenz.

Das zahlte alles der Bund.“ Ob Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) wohl ahnte, welche Welle der Empörung seinen Worten folgen würde? Heiter sprach er sie im Beisein der Kanzlerin nach dem Corona-Teil-Lockdown für den Dezember aus. „Den Ländern geht es dabei gut, weil sie gar nichts dafür bezahlen“, frohlockte Söder.

Zu Recht macht die Unionsfraktion im Deutschen Bundestag seit her Druck auf die Länder. Denn es zeichnet sich schon ab, dass es mit der Dezemberhilfe nach dem November nicht getan sein dürfte. Im Januar, Februar und März des kommenden Jahres folgen weitere kalte und virusfreundliche Monate. Auch wenn der ersehnte Impfstoff kommt: Die Pandemie wird noch weit in das Jahr 2021 hineinreichen. Die Haushälter im Bundestag mussten notgedrungen die Neuverschuldung des Bundes für 2021 in nur einer Nacht von 96 Milliarden Euro auf 180 Milliarden Euro emporschieben. Vorsorge für die Corona-Pandemie fehlte in den Zahlen von Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD).

Die Regierungschefs von Bund und Ländern haben zudem die Dezember-Unterstützung für gebeutelte Hotels, Restaurants und Veranstalter auf Bundeskosten beschlossen – ohne den Bundestag zu fragen. Das vornehmste Recht des Parlaments ist das Budgetrecht. Das Parlament zu missachten,

hat schon 1649 in England König Karl I. den Kopf gekostet. Ganz so schlimm wird es in Berlin 2020 nicht kommen. Aber die Abgeordneten müssen aufbegehren, wenn sie vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Der Machtkampf zwischen Exekutive und Legislative hat bei Finanzfragen einen kritischen Punkt erreicht.

Klar ist auch, dass der Bund nicht noch monatelang das Füllhorn ausschütten kann. Auch seine finanzielle Kraft ist endlich. Leidet der gute Ruf an den Finanzmärkten, wird auch Staatsverschuldung wieder teurer. Nicht nur deshalb gehören die Hilfs-

vorhaben auf den Prüfstand. Es reicht nicht aus, Gelder ins Schaufenster zu stellen, wenn eine Krisenverwaltung zum Verteilen fehlt. Schon die November-Geschädigten mussten lang auf Geld warten. Gerecht können die pauschalen Hilfen auch nicht sein. Jeder Fall liegt anders. Viel sinnvoller wäre es, erprobte Wege zu gehen und bewährte Systeme zu nutzen. Über die Finanzämter könnte eine länger zurückreichende Verlustverrechnung der Wirtschaft zügig helfen. Sie wäre treffsicher, weil nur profitable Unternehmen etwas zu verrechnen haben. Sie würde den Staat nicht einmal mehr kosten, da Verluste nur einmal verrechnet werden können.

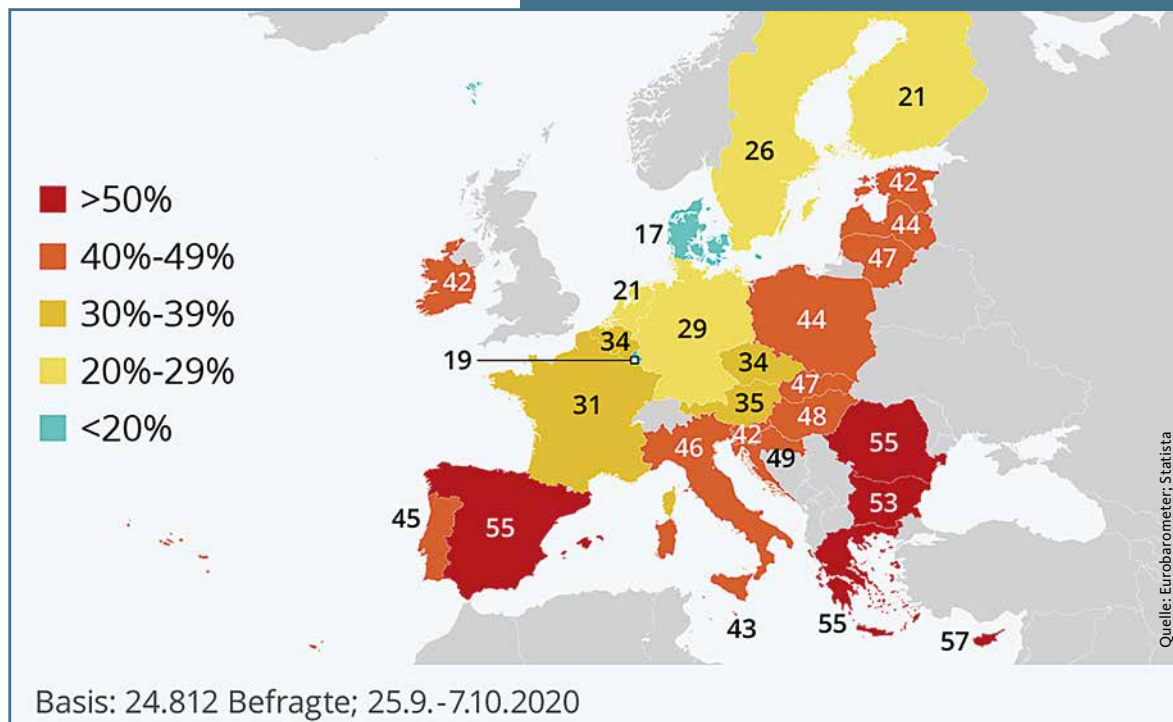
Zudem wären die Länder über die Gemeinschaftssteuern als Zahler gleich mit im Boot. Dem Bund haben sie bei der zurückliegenden Reform des Finanzausgleichs wieder erhebliche Mittel abgerungen. Sie nehmen inzwischen mehr Steuern ein als der Bund. Zusammen mit den Kommunen stehen ihnen drei Fünftel des Aufkommens zu. Überdies ist die Dynamik günstiger: Die Steuereinnahmen der Länder werden sich bereits 2021 auf das Vorkrisenniveau erholen, die des Bundes indessen erst zwei Jahre später. Es ist an der Zeit, dass auch die Länder mehr Kosten schultern. ●

Der Beitrag gibt die persönliche Meinung des Autors wieder.

Wo das Corona-Virus das Einkommen beeinflusst

Anteil der Befragten, bei denen sich die Corona-Pandemie bereits auf ihr Einkommen ausgewirkt hat (in %)

Die Corona-Pandemie hat das Einkommen vieler Menschen in Europa beeinflusst. Das Ausmaß variiert jedoch, wie eine Eurobarometer-Umfrage des Europaparlaments zeigt. So liegt der Anteil der Befragten, bei denen sich die Krise bereits auf ihr Einkommen ausgewirkt hat, in fünf Ländern über 50 Prozent: Zypern, Griechenland, Spanien, Rumänien, Bulgarien. In Deutschland dagegen liegt der Anteil bei vergleichsweise moderaten 29 Prozent, in Dänemark sogar nur bei 17 Prozent.



Ordo-liberalismus

Der Ordoliberalismus ist die Idee einer freiheitlichen, marktwirtschaftlichen Gesellschaftsordnung. Im Ordoliberalismus schafft der Staat den rechtlichen Ordnungsrahmen dafür, dass sich Bürger und Unternehmen frei auf dem Markt entfalten können. Das Konzept geht auf den Ökonomen Walter Eucken (1881-1950) zurück, der in den 1930er Jahren die „Freiburger Schule“ begründet hat. Ausgehend von den schlechten Erfahrungen mit Monopolen und der Feststellung, dass ein gänzlich freier Markt dazu tendiere, sich selbst aufzulösen, entwickelte er marktwirtschaftliche Grundprinzipien wie die Stabilität des Währungssystems, freier Zugang zu den Märkten, Schutz des Privateigentums, Vertragsfreiheit, das Haftungsprinzip und die Konstanz der Wirtschaftspolitik. Aufgabe des Staates ist es demnach, den Rahmen zu setzen, sich aber aus dem aktiven Wirtschaftsprozess herauszuhalten. Die MIT widmet sich im zweiten Kapitel ihres Grundsatzprogramms den Ideen Euckens.

Arbeiten lohnt oft nicht

Für Alleinstehende mit Niedriglohn ist es finanziell kaum interessant, Vollzeit zu arbeiten. Bei einem zusätzlichen Bruttolohn von zehn Euro pro Stunde

blieben für Kinderlose netto nur 2,50 bis 3,90 Euro übrig. Das ergibt sich aus einer Studie des Ifo-Instituts für die Bertelsmann Stiftung. Ursache dafür ist den Forscher zufolge ein „fatales Zusammenwirken von Steuern, Abgaben und dem Entzug von Sozialleistungen“. Auch in Paarhaushalten werden Zweitverdienende mit hohen Steuern und Abgaben belastet, wenn sie Teil- oder Vollzeit arbeiten. Grund dafür ist das Ehegattensplitting.



In Sachen Digitalisierung hinkt Deutschland hinterher. Mit viel Geld soll nun aufgeholt werden, was lange verschlafen wurde. Dabei zeigt sich, dass man Probleme nicht nur mit Geld lösen kann.



DIGITALISIERUNG

Immer

Stell dir vor, es gibt Geld, und kaum einer nimmt's. Fünf Milliarden Euro Fördergelder hat der Bund vor zwei Jahren für die Digitalisierung der Schulen zur Verfügung gestellt. Doch bis Mitte dieses Jahres wurden erst 16 Millionen Euro abgerufen. Weitere 242 Millionen Euro wurden für Projektanträge immerhin bewilligt. Klar, Bildung ist Aufgabe der Bundesländer. Doch damit endlich etwas vorangeht, hat der Bund nicht nur das Geld locker gemacht, sondern auch das Grundgesetz geändert. Für die Opposition war es ein gefundenes Fressen. „Desaströs“, schimpften FDP und Grüne. Allerdings sind es die Bundesländer, die die entsprechenden Förderrichtlinien auf den Weg bringen und die Bundesmittel abrufen müssen. Der Bund stellt „nur“ das Geld bereit. Die Schulen wiederum sind in der Verantwortung, ein technisch-pädagogisches Konzept vorzulegen. Der Grundsatz lautet „Keine Ausstattung ohne Konzept“. Dieses Konzept zu erarbeiten, ist Aufgabe der Lehrer und Schulleiter. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Christoph Ploß sieht hier eine Schwäche des Paktes: „Die Schulen sind verständlicherweise damit überfordert, ein Digitalisierungskonzept zu erarbeiten.“ Dafür brauche es eine eigene Zuständigkeit. „In Firmen wird auch nicht die Kommunikationsabteilung damit beauftragt, den Glasfaserausbau zu planen.“ Der Vorsitzende der MIT-Baukommission fordert deswegen ein national abgestimmtes Programm, das alle Schulen flächendeckend mit Glasfaser oder schnellem Internet versieht.

noch Neuland?

Einfachere Antragsverfahren?

Dass es auch anders gehen kann, zeigt die Zusatzvereinbarung zum Digitalpakt Schule. Dieses Sofortausstattungsprogramm wurde in der Coronapandemie auf den Weg gebracht. Es stellt 500 Millionen Euro bereit, damit Schulen Laptops für Schüler leihen können, die zu Hause keine eigenen Endgeräte haben. Je eine halbe Milliarde Euro wird für IT-Administratoren

und für Lehrer-Laptops bereitgestellt. Mit ihnen sollen digitale Tafeln, Schul-WLAN und mobile Geräte finanziert werden. Die Mittel sind deutlich einfacher zu beantragen als beim eigentlichen Digitalpakt. Auch hier wurden längst noch nicht alle Mittel abgerufen, aber es geht deutlich schneller. Für fünf Bundesländer wurden bereits die kompletten Mittel aus dem Programm bewilligt.



Anzeige

wachsen MIT DER IBB

Für Unternehmen, die wachsen

Sie suchen die passende finanzielle Förderung, damit sich Ihr Geschäft vergrößern kann? Wir haben sie. Kompetent, zuverlässig und mit dem Ziel, Ihr Unternehmen langfristig erfolgreich zu machen. Sprechen Sie mit uns!
 Hotline Wirtschaftsförderung: 030 / 2125-4747

ibb.de/wachsen

**Investitionsbank
Berlin**



Farbige Leerrohre, in die später die Glasfaserkabel verlegt werden, ragen aus der Erde an einer Straße. Viele örtliche Versorger starten Ausbauaktionen für Internet-Anschlüsse per Glasfaser. Dafür werden neue Leitungen verlegt. Was in größeren Städten schon Standard ist, ist für viele Landbewohner noch Wunschtraum: schnelles Internet. Mit Milliardenaufwand soll nun auch Dörfern der Weg ins digitale Zeitalter geebnet werden. Doch es geht noch langsam voran.

„Die Schulen sind verständlicherweise damit überfordert, ein Digitalisierungskonzept zu erarbeiten.“

Christoph Ploß, CDU

versorgt werden. Dieses Ziel wurde nicht erreicht. Nun sollen bis 2025 alle Haushalte ans Giganetz angeschlossen werden. Das sieht zumindest ein

Recht auf schnelles Internet

Doch fehlendes oder zu langsames Internet ist nicht nur an den Schulen ein Problem. Das Internet in Deutschland ist insgesamt langsam. Im internationalen Geschwindigkeitsvergleich erreicht Deutschland beim WLAN Platz 28, beim mobilen Internet nur Platz 31. Damit liegt die Bundesrepublik hinter Ländern wie Litauen, Nordmazedonien oder Zypern. Immer wieder verfehlt die Bundesregierung ihre Ziele beim Breitbandausbau. Bis 2018 sollten eigentlich alle Haushalte mit mindestens 50 Megabit in der Sekunde

Entwurf zum neuen Telekommunikationsgesetz vor, in dem von einem „rechtlich abgesicherten Anspruch auf schnelles Internet“ die Rede ist. Zehn bis zwölf Milliarden Euro sollen für den flächendeckenden Glasfaserausbau bereitgestellt werden. Christoph Ploß sitzt im zuständigen Bundestagsausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur: „Eines meiner Ziele ist es, dass wir die Gigabitanschlüsse ausweiten – und zwar nicht nur in den Städten, sondern gerade in den ländlichen Regionen.“

Als die Eckpunkte des Gesetzentwurfes bekannt wurden, meldeten mehrere Verbände der Telekommunikationsunternehmen sogleich Bedenken an. Besonders der gesetzliche Anspruch stößt auf Widerspruch. Künftig könnte die Bundesnetzagentur Telekommunikationsanbieter dazu verpflichten, Bürgern oder Unternehmen auf Antrag eine Mindestbandbreite zur Verfügung zu stellen. „Dort, wo die Versorgung der Bürger und Unternehmen besonders schlecht ist und sich ein Ausbau für die Unternehmen nicht rechnet, brauchen wir ergänzend zum eigenwirtschaftlichen Ausbau zielgerichtet staatliche Fördermaßnahmen, die die Glasfaser auch



Gemeinsam alles gewachsen.



Gerade jetzt ist Zusammenhalt wichtiger denn je. Darum machen wir uns für die stark, die sich für die Gemeinschaft stark machen. Und unterstützen Künstler, Sportler, Unternehmer vor Ort und all diejenigen, die sich für andere einsetzen.

in diese Gebiete bringen“, fordert Stephan Albers, Geschäftsführer des Bundesverbands Breitbandkommunikation. Zudem verweist der Verband darauf, dass die Tiefbauunternehmen, die eine entscheidende Rolle beim Glasfaserausbau spielen, schon heute ausgelastet seien. Auch in Behörden, die die entsprechenden Genehmigungen erteilen, fehle es an Fachkräften. „Die Verwaltungsverfahren müssen deutlich vereinfacht und verkürzt werden. Entbürokratisierung ist dabei kein Selbstzweck, sondern ein zentraler Baustein, um den Ausbau insgesamt zu beschleunigen“, betont Albers. Die digitale Verwaltung müsse endlich Realität werden. „Anträge und Genehmigungen per Fax oder Post sind einfach nicht mehr zeitgemäß. Zudem brauchen auch die Verwaltungen vor Ort zusätzliches Personal, um die Digitalisierungsprojekte vor Ort, die über den Glasfaserausbau hinausgehen, umzusetzen“, sagt Albers.

Digitale Behörden und mehr Fachkräfte

Dieser Probleme ist sich Christoph Ploß durchaus bewusst. Bezogen auf fehlende Fachkräfte brauche es aber mehr Geduld: „Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz ist im März dieses Jahres in Kraft getreten und beginnt



Christoph Ploß, CDU-Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender der MIT-Baukommission, setzt sich für ein national abgestimmtes Programm ein, das alle Schulen flächendeckend mit Glasfaser oder schnellem Internet versieht.

jetzt erst zu wirken.“ Durch Corona sei die Durchschlagskraft dieses Gesetzes jedoch begrenzt. Nach der Krise werde es seine Wirkung entfalten. „Das Ziel der Union wird mit dem Gesetz aber umgesetzt. Wir wollen qualifizierte Fachkräfte gewinnen und gleichzeitige illegale Einwanderung stärker unterbinden“, sagt Ploß.

Das Problem der langsamen Genehmigungsverfahren sieht er aber auch. „Ich höre oft, dass sich Investoren oder Unternehmen von unterschiedlichen Behörden einzeln Genehmigungen holen müssen.“ Wenn die Genehmigung auch nur in einer Behörde hängen bleibe, verzögere sich der ganze Prozess. „Eine große Mehrheit der Genehmigungsverfahren findet in kommunalen Behörden statt“, sagt Ploß. Er setzt sich deswegen dafür

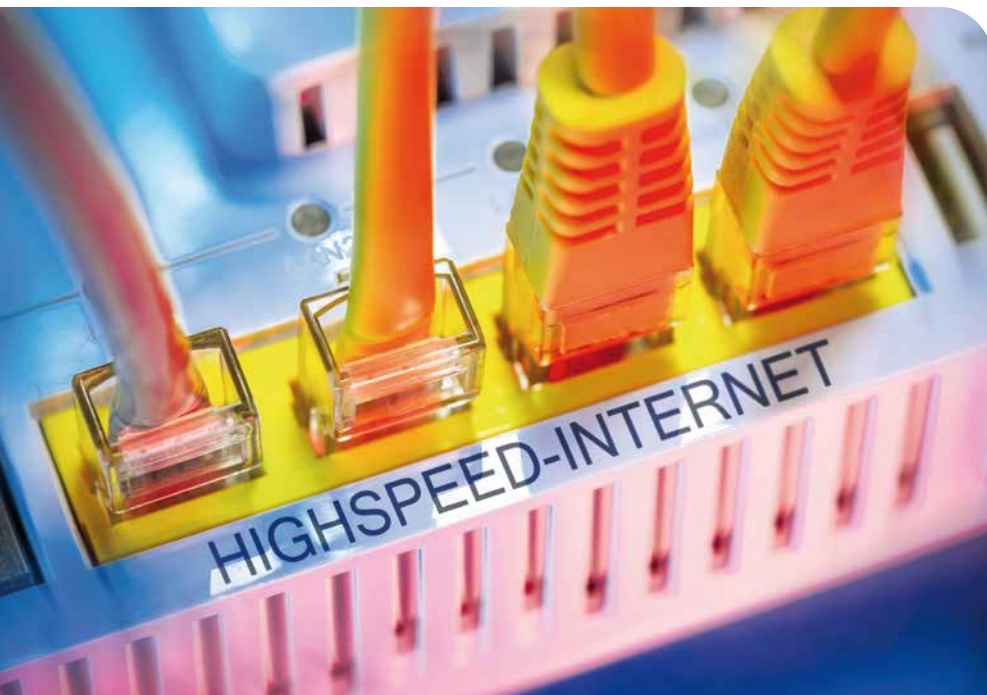
„Die Verwaltungsverfahren müssen deutlich vereinfacht und verkürzt werden.“

Stephan Albers,
Bundesverband Breitbandkommunikation

ein, in den Kommunen zentrale Stelle zu schaffen, die Baugenehmigungen erteilen. „Wir brauchen standardisierte Verfahren in ganz Deutschland für alle Kommunen. Gerade auch das Einreichen von Anträgen sollte digital, am besten mit dem Smartphone, möglich sein.“ Dabei seien die Kommunen natürlich auch selbst gefordert. Ploß: „Ohne Förderungen des Bundes wird es nicht gehen. Ich glaube aber auch, dass sich solche Investitionen auszahlen, weil sie nicht nur den Wirtschaftsstandort Deutschland stärken, sondern uns allen im Alltag nützen.“ ●



Micha Knodt
Volontär
knodt@mit-bund.de



Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

GTAI GERMANY
TRADE & INVEST



**Sie haben eine Vorstellung vom
Auslandsgeschäft – wir die Fakten.**

Bereit für neue Märkte.

Entdecken Sie neue Perspektiven im Auslandsgeschäft. Wir beraten Sie gerne mithilfe von Analysen zu Märkten weltweit, durch Informationen für Ihr Exportgeschäft oder bieten Ihnen Unterstützung bei internationalen Ausschreibungen an.

Wissen ist Erfolg: gtai.de/trade

Neue Lösungen für mehr Flotten-Power

Das ist wohl der klassische Fall: Handelsvertreter Erwin T. hatte seinen Dienstwagen am frühen Montagmorgen in einem Parkhaus am Hamburger Flughafen abgestellt. Im Anschluss an den rund ein-stündigen Flug nach München nahm er dort eine Taxifahrt in Anspruch, um seinen Geschäftstermin in der Münchener Innenstadt pünktlich wahrnehmen zu können. Zurück zum Airport ging es zeitlich etwas entspannter mit einem in der Innenstadt verfügbaren Ford Fiesta von Flinkster, dem Carsharing-Angebot der Deutschen Bahn. In Hamburg angekommen, bewegte sich Erwin T. wieder im Dienstwagen zu seinem Arbeitgeber.

Dass sich bei so viel individueller Mobilität – wie hier im Musterbeispiel mit dem fiktiven Herrn T. – eine Menge Spielraum zur Kostenersparnis ergeben kann, liegt auf der Hand. Doch was können Unternehmen tun, um von den digitalen Möglichkeiten zu profitieren?

Christoph von Tschirschnitz, Managing Director der Sixt Mobility Consulting erklärt das so: „Manche Vielrei-

sende kaufen sich zusätzlich zum bezahlten ‚365-Tage-Dienstwagen‘ bis zu weitere 100 Tage autobezogene Mobilität dazu – seien es Taxis, Chauffeurdienste oder Leihfahrzeuge. 465 bezahlte Mobilitätstage gekauft für ein 365-Tage-Jahr – die kostenseitig weit bessere Lösung wäre eine international nutzbare Mietwagen-Flatrate.“ Sixt wende sich mit seinem Angebot ‚Sixt Unlimited‘ genau an solche Nutzer, die an jedem Standort des Autoverleihers einen Mietwagen aus der gebuchten Kategorie garantiert haben wollen. Aber: Sixt fokussiert bei seinen Dienstwagen-Lösungen Unternehmen mit einer Flottengröße ab 200 Autos.

Gute Lösungen für KMU

Wer es also eine Stufe kleiner benötigt, muss deshalb nicht unbedingt leer ausgehen. Viele Fahrzeughersteller haben längst den Mehrwert von eigenen digitalen Kommunikationswerkzeugen erkannt, um ihre Autos für ein effizienteres Fuhrpark-Management aufzupeppen: So haben zum Beispiel die Ingenieure von Ford zu Ende 2020 den ‚Ford Pass Pro‘ angekündigt: Mit Hilfe dieser App sollen Fahrzeuge der Firmenflotte besser geschützt, live geortet und – im Falle eines Automatikgetriebes – sogar per Fernstart vorgewärmt oder abgetaut werden können. Wer genau weiß, wo sich seine Autos gerade bewegen, kann das Car-Sharing auch innerhalb des Unternehmens organisieren. Denn selbst eine Teilentriegelung ist von außen möglich.

Der klassische Dienstwagen hat also nicht ausgedient; er könnte nur effizienter genutzt werden, als das bisher der Fall war. Weitere digitale Lösungen, wie

On-Board-Schnittstellen zu digitalen Fahrtenbüchern, erleichtern die Handhabung bei mehreren Nutzern (und die spätere passgenaue Abrechnung des Privatanteils für die Steuererklärung).

„Die Steuerregelung gibt Flottenbetreibern Planungssicherheit.“

Hildegard Müller,
Präsidentin des Verbandes
der Automobilindustrie (VDA)

Steuerlicher Vorteil für E-Mobile

Bares Geld sparen Arbeitnehmer, wenn sie sich für ein elektrisch betriebenes Dienstfahrzeug entscheiden. Seit Anfang 2019 gilt eine vergünstigte Bemessungsgrundlage: Ist bisher weiterhin die private Nutzung des Dienstfahrzeugs monatlich mit einem Prozent des Bruttolistenpreises zu versteuern, wurde sie für E-Autos auf 0,5 Prozent des Bruttolistenpreises reduziert. Hildegard Müller, Präsidentin des Verbandes der Automobilindustrie (VDA), unterstrich, dass die ausgebaute steuerliche Förderung von elektrisch betriebenen Dienstwagen ihre Wirkung entfalte: „Die im vergangenen Jahr auf den Weg gebrachte neue Steuerregelung gibt Flottenbetreibern Planungssicherheit und trägt maßgeblich zum Durchbruch der Elektromobilität im Flottengeschäft bei.“ Dies sei ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu emissionsfreier Mobilität, auch bei Dienstwagen. ●

Autor: Manfred Löhr

Im Zuge der Digitalisierung unserer Arbeitswelt werden auch Firmen- und Dienstwagenflotten zunehmend besser gemanagt. Hier stehen mehr Effizienz und Nutzbarkeit im Vordergrund, was zu einer deutlichen Kostenersparnis in den Unternehmen führen kann.

BEGEISTERT VON HOME BIS OFFICE.



FORD S-MAX TREND

MONATLICHE FORD LEASE FULL-SERVICE-RATE
€ 269,- NETTO^{1,2} (€ 312,04 BRUTTO)

Innen flexibel und komfortabel, außen dynamisch und elegant – mit unserem Sportvan haben Sie im Business und in der Freizeit alle Möglichkeiten.

Mehr Informationen unter ford.de/s-max-4business



Ford

BEREIT FÜR
MORGEN

Kraftstoffverbrauch (in l/100 km nach §2 Nrn. 5, 6, 6a Pkw-EnVKV in der jeweils geltenden Fassung): 6,3 (innerorts), 4,5 (außerorts), 5,1 (kombiniert); CO₂-Emissionen: 137 g/km (kombiniert).

* Der Ford S-MAX, Gewinner des autonis Awards „Beste Design-Neuheit 2020“ in der Kategorie Vans. Ausgezeichnet von auto motor und sport, Heft 23/2020. Beispielfoto eines Fahrzeuges der Baureihe. Die Ausstattungsmerkmale des abgebildeten Fahrzeuges sind nicht Bestandteil des Angebotes. ¹ Ford Lease ist ein Angebot der ALD AutoLeasing D GmbH, Nedderfeld 95, 22529 Hamburg, für Gewerbekunden (ausgeschlossen sind Großkunden mit Ford Rahmenabkommen sowie gewerbliche Sonderabnehmer wie z. B. Taxi, Fahrschulen, Behörden). Das Ford Lease Full-Service-Paket ist optional erhältlich und in der Ford Lease Full-Service-Rate berücksichtigt. Eingeschlossen sind Wartungs- und Inspektionsarbeiten sowie anfallende Verschleißreparaturen in vereinbartem Umfang und ohne Leasing-Sonderzahlung. Bei weiteren Fragen zu Details und Ausschlüssen zu allen Services wenden Sie sich bitte an Ihren Ford Partner. Nur erhältlich im Rahmen eines Ford Lease-Vertrages. Ist der Leasingnehmer Verbraucher, besteht nach Vertragsschluss ein Widerrufsrecht. ² Z. B. der Ford S-MAX Trend, 2,0-l-EcoBlue-Dieselmotor mit 110 kW (150 PS), 6-Gang-Schaltgetriebe, inklusive Metallic-Lackierung, ohne Leasing-Sonderzahlung, bei 36 Monaten Laufzeit und 30.000 km Gesamtleistung. Leasingrate auf Basis einer UPE der Ford-Werke GmbH von € 31.386,55 netto (€ 36.408,40 brutto), zzgl. Überführungskosten. Die Rate enthält das Ford Lease Full-Service-Paket zum Preis von € 6,06 netto (€ 7,03 brutto) monatlich. Details bei allen teilnehmenden Ford Partnern.

A photograph of two men in dark suits sitting across from each other at a dark, round table in a bright office. Large windows with blinds are in the background, and a potted plant is on the left. The scene is lit with natural light from the windows, creating shadows on the floor.

PAUL ZIEMIAK IM INTERVIEW

„Wir sind gelassener und schneller“

Als jüngster Generalsekretär in der Geschichte der CDU suchte Paul Ziemiak anfangs noch seine Rolle. Inzwischen wird das MIT-Mitglied von vielen für seine professionelle Vorbereitung des CDU-Parteitags gelobt. Im Gespräch mit Mittelstandsmagazin-Chefredakteur Thorsten Alsleben spricht der 35-Jährige über den Umbau des Konrad-Adenauer-Hauses, die Pläne für den Parteitag und die Vorbereitungen der Bundestagswahl im nächsten Jahr.

Herr Ziemiak, Sie sind seit zwei Jahren Generalsekretär. Was wäre die Überschrift, die aus Ihrer Sicht passen würde über diese Zeit?

Paul Ziemiak: Umbrüche und Wandel gestalten. Wir erleben die digitale und ökologische Transformation, internationale Machtverschiebungen und obendrauf die Corona-Pandemie, die uns viel abverlangt. Die Ära von Angela Merkel geht zu Ende. In dieser Zeit Menschen zu vermitteln, warum die CDU genau die richtige Partei ist, um diesen Wandel zu gestalten, ist eine spannende Aufgabe. Und natürlich geht es auch darum, die Chancen zum Beispiel des digitalen Wandels für unsere Parteiarbeit zu nutzen. Ich habe an so vielen kreativen Formaten vom Stadt- bis zum Landesverband teilgenommen, da können wir gemeinsam stolz drauf sein. Übrigens erinnere ich auch viele tolle digitale Veranstaltungen bei der MIT.

Gibt es in diesen zwei Jahren etwas, worauf Sie sehr stolz sind?

Die inhaltlichen Debatten über die Dienstpflicht, über Humanität und Ordnung in der Migrationspolitik, darüber wie wir wirtschaftlichen Erfolg und Klimaschutz zusammenbringen, haben gutgetan. Wenn ich mir anschau, wie wir in der Frage der Digitalisierung der Parteiarbeit aufgestellt waren und wo wir heute stehen, dann sind das Welten. Wir sind heute viel weiter in der Frage, wie wir auf Herausforderungen in sozialen Netzwerken reagieren, wir sind gelassener und schneller. Nach dem Rezo-Video (ein Webvideo, das sich kritisch mit der CDU und CSU auseinandersetzte; Anm. d. Red.) vor der Europawahl 2019 kam immer wieder die Frage auf, wie wir bei der nächsten kommunikativen Herausforderung reagieren. Ein halbes Jahr später hat Greenpeace im Konrad-Adenauer-Haus den Buchstaben „C“ aus unserem Logo geklaut. Wir haben dann sofort unsere Social-Media-Aktivitäten hochgefahren, sodass selbst der Satiriker Jan Böhmermann, der sicher nicht CDU-nah ist, einräumte, dass die CDU Greenpeace kommunikativ geschlagen hat. Nur um ein Beispiel von vielen zu nennen. Das ist das Ergebnis unserer Neuerungen hier.

Als Generalsekretär habe ich das Haus umgebaut. Wir haben nun kurze und schnelle Entscheidungswege, einen Newsroom, aus

dem wir fast rund um die Uhr kommunizieren. Wir nutzen inzwischen Künstliche Intelligenz, um schnell zu erkennen, welche Themen und Trends im Netz für uns relevant sind. Das hat es alles vorher nicht gegeben. Zudem haben wir Debatten geführt, wie stellt sich die Partei neu auf mit der Struktur- und Satzungskommission? Wir haben jetzt einen Prozess mit drei Kandidaten für den Parteivorsitz und bewältigen gleichzeitig die größte Krise unseres Landes seit Gründung der Bundesrepublik – und zwar sehr erfolgreich. Dass wir das alle miteinander geschafft haben, darauf können wir alle stolz in der Union sein.

„Wir sind heute viel weiter in der Frage, wie wir auf Herausforderungen in sozialen Netzwerken reagieren.“

Würden Sie auch etwas anders machen?

Ja, viele Dinge. Man lernt doch bei jeder neuen Aufgabe dazu. Mit dem Wissen von heute hätte ich einiges anders gemacht. Aber das ist Schnee von gestern. Jetzt stehen wir vor wichtigen Landtagswahlen und dem Bundestagswahlkampf 2021. Es geht darum, ob wir in Deutschland eine linke Regierung bekommen oder ob wir unsere bürgerliche Politik fortsetzen. Dafür arbeite ich jeden Tag mit ganzer Kraft.





Paul Ziemiak (35) ist seit Dezember 2018 Generalsekretär der CDU Deutschlands. Zuvor war er vier Jahre Bundesvorsitzender der Jungen Union. Seit 2017 gehört er dem Deutschen Bundestag an. Ziemiak kam 1985 in Stettin (Polen) zur Welt und floh 1988 mit seiner Familie nach Iserlohn. Nach dem Abitur studierte er zunächst Jura, dann Unternehmenskommunikation. Ziemiak ist Mitglied der MIT und lebt mit seiner Frau und zwei Kindern in Iserlohn.



Vorher findet noch der CDU-Parteitag statt. Wird im Januar definitiv ein neuer Vorstand gewählt?

Ja.

Und wie wird der stattfinden?

Die Entscheidung obliegt am Ende dem Vorstand. Wir haben verschiedene Varianten erarbeitet. Wir haben drei Komponenten zu berücksichtigen. Erstens, ist die Durchführung rechtlich angreifbar? Zweitens, ist es umsetzbar, für alle Delegierten praktikabel und finanziell vertretbar? Drittens, sind Art und Zeitpunkt politisch vermittelbar? Risiken gibt es immer: Bei einem Präsenzparteitag kann das eine Bombendrohung sein, bei einem Digitalparteitag ein Hackerangriff. Wenn wir in einer digitalen Welt leben, muss uns auch allen klar sein, dass es neue Risiken gibt. Die drei Bewerber haben sich geeinigt, dass sie im Januar einen klassischen Präsenzparteitag bevorzugen – wenn das nicht möglich ist, einen Präsenzparteitag in einer anderen Form, zum Beispiel an mehreren Standorten, und wenn das nicht möglich ist, einen digitalen Parteitag mit digitaler Abstimmung und einer Schlussabstimmung per Briefwahl. Diesen Vorschlag wird der Bundesvorstand im Dezember beraten.

Wenn ein Präsenz-Parteitag nicht möglich ist, wie würde die digitale Version ablaufen?

Das ist die aufwändigste Variante. Deshalb bereiten wir das jetzt schon intensiv vor, selbst wenn es am Ende ein Präsenzparteitag werden könnte. Der ist vergleichsweise leicht zu organisieren. Bei einem digitalen Parteitag könnten wir nach jetziger Rechts-

„Wir brauchen keinen Systemwechsel, sondern eine Fokussierung auf die Soziale Marktwirtschaft.“

lage eine digitale Abstimmung durchführen. Das heißt, die Delegierten stimmen digital ab und am Ende werden alle Wahlen für alle Vorstandspositionen in einer Schlussabstimmung per Briefwahl bestätigt. Die Herausforderung ist, ein System zu schaffen, das allen Wahlrechtsgrundsätzen entspricht, gleichzeitig aber auch bedienerfreundlich und sicher ist. Unser Ziel ist, dass höchste Sicherheitsansprüche mit einer hohen Bedienerfreundlichkeit verbunden werden. Auch muss der Delegierte

DIE SICHERE PARTNERSCHAFT

IN UNSICHEREN ZEITEN:

UNTERSTÜTZUNG DURCH

IHRE STEUERBERATUNG.

Die Corona-Krise stellt Unternehmen aller Branchen vor nie dagewesene Herausforderungen. Ihre Steuerberatung hat Antworten auf Ihre betriebswirtschaftlichen Fragen und steht Ihnen mit Rat und Tat zur Seite.



Wichtige Tipps und Infos für
Unternehmen zur Corona-Krise

[GEMEINSAM-BESSER-MACHEN.DE](https://www.gemeinsam-besser-machen.de)



Zukunft gestalten.
Gemeinsam.



Seit zwei Jahren unterstützt Paul Ziemiak als Generalsekretär die Parteivorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer. Sein Büro liegt im fünften Stock des Konrad-Adenauer-Hauses in Berlin.

bei digitaler Stimmabgabe sicher sein, dass seine Stimme gezählt wird und für ihn auch klar ist, dass sie richtig gezählt wird. Zugleich muss aber sichergestellt werden, dass der Delegierte zu Hause nicht einen Nachweis darüber führen kann, wen er gewählt hat. Denn die Wahl muss auch zu Hause geheim sein und bleiben.

„Es ist festzuhalten, dass wir eine Auswahl von drei guten Kandidaten haben, über die andere Parteien froh wären.“

Es gab zwischenzeitlich Ärger unter den Kandidaten. Unsere Parteivorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer hat vor einem „ruinösen Wettbewerb“ gewarnt. Haben Sie das Gefühl, dass inzwischen mehr Einigkeit herrscht?

Wir erleben einen Wettbewerb um das höchste Amt in der größten Regierungspartei Deutschlands. Ein solcher Wettbewerb kann natürlich auch einmal kontrovers sein. Das ist aber ein ganz normaler demokratischer Pro-

zess. Es ist festzuhalten, dass wir eine Auswahl von drei guten Kandidaten haben, über die andere Parteien froh wären.

Nun gibt es einige Anhänger der Kandidaten, die bewerben nicht nur ihren Favoriten, sondern äußern sich auch öffentlich abfällig über einen der anderen Kandidaten. Müssen Sie da als Generalsekretär nicht stärker intervenieren?

In sozialen Netzwerken beobachte ich das auch. Meine Meinung ist klar: Jeder soll seinen Kandidaten unterstützen, aber er soll andere nicht schlecht machen.

Auch für Sie persönlich ist es entscheidend, wer Vorsitzender wird. Armin Laschet und Norbert Röttgen haben mehr oder weniger direkt gesagt, mit Ihnen weiter arbeiten zu wollen. Beeinflusst Sie das?

Nein. Natürlich nehme ich diese Diskussion wahr, aber für mich ist etwas ganz anderes entscheidend, nämlich wie meine Arbeit als Generalsekretär bewertet wird: Stimmen die Inhalte, wie läuft die Zusammenarbeit mit der Fraktion, wie laufen die Planungen für den Wahlkampf, wird der Parteitag gut vorbereitet? Darauf konzentriere ich mich. Ich habe zu allen Kandidaten ein gutes Verhältnis und arbeite für ein faires Verfahren.

Es ist bestimmt herausfordernd, ein Wahlprogramm zu planen, ohne zu wissen, wer neuer Vorsitzender wird. Macht das einen Unterschied?

Das macht natürlich einen Unterschied, weil die drei Kandidaten unterschiedliche Schwerpunkte haben. Aber sie sind allesamt Christdemokraten und teilen die gleichen Grundwerte. Wir müssen am Ende sehr konkret beantworten: Was wollen wir für die Menschen in den nächsten vier

Jahren erreichen? Wie sieht Deutschland im Jahr 2030 aus? Damit beginnen wir nach dem Parteitag und werden dann im Sommer ein gemeinsames Regierungsprogramm mit der CSU vorlegen. Die Vorbereitungen dazu treffen wir schon jetzt und dabei spielen die Ideen und Beschlüsse der Bundesfachausschüsse, des Bundesvorstands, der Vereinigungen, der Parteitage und der Bundestagsfraktion eine wichtige Rolle.

Stehen inhaltliche Schwerpunkte fest?

Diesem Thema will ich nicht vorweggreifen, weil das ein längerer Diskussionsprozess ist. Aber die Fragestellungen sind doch klar: Wie kommen wir nach der Zäsur Corona wieder auf die Beine? Asien hat, angeführt von China, ein Freihandelsabkommen geschaffen, das ein Drittel des Welthandels umfasst. Welche Rolle spielen dabei Deutschland und Europa? Schaffen wir es überhaupt noch, ein Freihandelsabkommen mit den USA hinzubekommen? Welche Chancen geben wir unserer

Wirtschaft? Wie versöhnen wir Ökonomie und Ökologie? Wie schaffen wir es, unsere Soziale Marktwirtschaft zu einem Exportschlagert zu machen? Wir brauchen keinen Systemwechsel, wie das von links gefordert wird, sondern wir brauchen eine Fokussierung auf die Soziale Marktwirtschaft, die uns so erfolgreich gemacht hat. Mit einer staatlich gelenkten Wirtschaft werden wir doch nicht die Klimaschutzziele erreichen, sondern das geht mit Angebot und Nachfrage, mit In-

„Jeder soll seinen Kandidaten unterstützen, aber er soll andere nicht schlecht machen.“

vestitionen und Innovationen. Sogar China entdeckt inzwischen, dass es auf Innovationen setzen muss und dass staatliche Lenkung langfristig nicht funktioniert.

Anzeige

DURCH- GEHECKT!

CO₂

Der Getränkekarton mit besten Werten beim Klimaschutz!

Das belegt eine aktuelle Ökobilanz nach UBA-Standard.

Mehr erfahren Sie unter karton-natürlich.de



**KARTON,
NATÜRLICH!**

Eine Initiative des Fachverband
Kartonverpackungen für flüssige
Nahrungsmittel e.V.
FKV

Wie steht es um die Kampagne zur Bundestagswahl?

Die Werbelinie für die Bundestagskandidaten steht fest. Das ist gerade für viele neue Kandidaten wichtig, weil diese natürlich die Zeit nutzen wollen, um sich bekannt zu machen. Wir werden beim Parteitag mit

„Wir haben eine Daten-Einheit aufgebaut, weil wir wissen, dass wir viel zielgerichteter kommunizieren müssen.“

einem neuen Design an den Start gehen. Auch unser Kandidatenservice und das Kreativportal stehen. Wir haben die Unterstützerkampagne „Connect“ wieder eingesetzt, also das Erfolgsmodell aus 2017, mit dem wir damals den Haustürwahlkampf mit App-Unterstützung organisiert haben. Hier werden wir neue Features anbieten, wir werden das in den USA erprobte „Peer-to-Peer-Texting“ nach vorne bringen, das



heißt die schnelle und direkte Kommunikation. Gruppen, die uns unterstützen, können selbst Botschafter der CDU werden. Das Fundament steht also, jetzt geht es um die Spitze der Partei.

Was kann die CDU vom US-Wahlkampf lernen?

Wir haben im Konrad-Adenauer-Haus eine Daten-Einheit aufgebaut, weil wir wissen, dass wir viel zielgerichteter kommunizieren müssen. Wir werden also noch datenbasierter vorgehen. Das heißt nicht, dass wir unsere Politik danach entscheiden, was beliebt ist. Die Frage ist: Wie kann ich diejenigen erreichen, für die gerade ein bestimmtes Thema wichtig ist. Ein Beispiel: Wenn eine junge Familie sich ganz konkret fragt: Was tut die CDU für mich? Dann möchten wir der Familie mit wenigen Klicks Informationen dazu zukommen lassen und nicht etwa zur internationalen Wirtschaftspolitik.

Die folgenden Fragen bitte nur mit Ja oder Nein beantworten. Sie haben einen Joker. Ist ein CDU-Kanzlerkandidat wahrscheinlicher als ein CSU-Kanzlerkandidat?

Ja.

Werden Sie darauf achten, dass die MIT mit dem Wahlprogramm zufriedener sein kann als mit den Ergebnissen der Großen Koalition?

Ja.

Auch, wenn alle Vorsitzenden-Kandidaten Sie für die Neutralität loben, haben Sie einen ganz persönlichen Favoriten?

Joker, denn ich tue alles dafür, dass das Verfahren fair bleibt.

Würden Sie gerne als Generalsekretär weitermachen?

(lacht) Habe ich noch einen Joker? Spaß bei Seite: Es ist doch kein Geheimnis, dass ich jeden Tag sehr gerne als Generalsekretär für unsere CDU arbeite.

Fänden Sie eine Regierung mit den Grünen reizvoller als mit der SPD?

Ja, das wäre aber auch alles andere als leicht.

Würden Sie heute eine andere Antwort auf ein „Rezo-Zerstörungsvideo“ geben?

Ja.

Zum Abschluss eine Satzvervollständigung: Die Person, mit der ich mal für einen Tag meinen Job tauschen würde...

... ist meine Frau. Sie ist Apothekerin, und gerade in Corona-Zeiten das zu erleben, was in den Apotheken los ist, das fände ich sehr spannend. ●



Jetzt günstig leasen
ab 285 €/Monat¹

Ihr neues Geschäftsmodell

Der neue Golf Variant für Selbstständige

Größer, geräumiger und digital wie nie: Das ist der neue Golf Variant. Ein Auto, das den Ansprüchen Ihres Geschäftslebens gewachsen ist. Und das fängt mit Professional Class schon beim Leasing an, denn Sie profitieren von attraktiven Konditionen und maßgeschneiderten Servicedienstleistungen. Also, steigen Sie ein – in unser Programm für Selbstständige und in den neuen Golf Variant. Mehr Golf als je zuvor.



Professional Class Volkswagen für Selbstständige

¹ GeschäftsfahrzeugLeasing für den neuen Golf Variant Life 2.0 TDI SCR mit 85 kW (115 PS), 6-Gang-Schaltgetriebe; Kraftstoffverbrauch in l/100 km: innerorts 5,2-5,0/außerorts 3,3-3,2/kombiniert 4,0-3,9; CO₂-Emission in g/km: kombiniert 106-102; Effizienzklasse: A+; Laufzeit: 36 Monate; jährliche Fahrleistung: 20.000 km; Sonderzahlung: 0 €. Ein Angebot der Volkswagen Leasing GmbH, Gifhorner Straße 57, 38112 Braunschweig. Für gewerbliche Einzelabnehmer mit Ausnahme von Sonderkunden. Bonität vorausgesetzt. Einzelheiten zur erforderlichen Legitimation für Professional Class erhalten Sie bei Ihrem teilnehmenden Volkswagen Partner. Alle Preise zzgl. gesetzlicher Mehrwertsteuer. Abbildung zeigt Sonderausstattungen gegen Mehrpreis. Änderungen und Irrtümer vorbehalten. Stand: 11/2020.

volkswagen.de/selbststaendige



RECYCLING

Warum unsere Rohstoffe im Kreis laufen sollten

Es gäbe eine Möglichkeit, das Klima zu schützen und knappe Rohstoffe zu sparen: die Kreislaufwirtschaft. Bislang ein Nischenthema, könnte es ein wichtiger Schlüssel für mehr Umweltschutz werden, von dem vor allem die deutsche Wirtschaft profitieren könnte. Aber noch fehlt es an Befürwortern in der Politik.

Eine der modernsten Sortieranlagen für Leichtverpackungen in Europa steht im baden-württembergischen Ölbronn. Dort werden täglich rund 200.000 Gelbe Säcke per Infrarotscanner und Druckluftdüse sortiert. Danach werden die Materialien dem Recyclingprozess zugeführt. „Bei Dosen und Metallen ist das in der Regel sehr einfach“, sagt Jochen Zickwolf, Geschäftsführer des privaten Anlagenbetreibers Suez Recycling Süd. „Die werden von uns zu Ballen verpresst und können dann direkt wieder ins Stahlwerk gehen.“ Bei Kunststoffen hingegen sei mehr Einsatz notwendig: „Häufig sind sie durch die zuvor enthaltenen Lebensmittel verunreinigt oder mit Papieretiketten beklebt. Das muss alles weg, bevor der Kunststoff eingeschmolzen und granuliert wird.“ Besonders kompliziert werde es bei Verpackungen, die aus verschiedenen Kunststoffen bestehen. „Hier erkennt der Infrarotscanner die Materialart, die überwiegt. Die grundsätzliche Herausforderung in unserem Bereich ist aber, dass kombinierte Materialien in der Sortierung schwerer zu erkennen sind“, sagt Zickwolf. Selbst wenn sie richtig erkannt wurden, sei es im nachgeschalteten Recyclingprozess schwieriger, die verbundenen Materialien wieder zu trennen. „Fürs Recycling sind Verbundverpackungen sicherlich nicht förderlich.“

Kunststoffe sind oft schwer recycelbar

Der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft (BDE), Peter Kurth, sieht drei Stoffströme, bei denen das Recycling schon heute gut funktioniert: „Das sind Papier, Glas und alle Arten von Metallen“, berichtet das MIT-Mitglied. Laut Bundesumweltministerium lag die Recyclingquote im Jahr 2018 für Glas bei 75 Prozent, bei Aluminium waren es 60 Prozent. Auch wurden 70 Prozent des Altpapiers hierzulande recycelt. Demgegenüber lag die Recyclingquote für Kunststoffe gerade einmal bei 36 Prozent. Seit 2019 sind die Quoten jedoch deutlich höher angesetzt. Die gesetzlich vorgeschriebene Recyclingquote für Glas liegt bei 80 Prozent und für Papier bei 85 Prozent. Bei Metallen liegt sie je nach Metallart zwischen 60 und 70 Prozent. Bei Kunststoffen liegt die gesetzliche Quote bei 58 Prozent. Ob diese Quoten bislang auch erreicht werden, ist noch offen. Gleichzeitig steigt die Nachfrage und Produktion von Kunststoffen an. 1950 lag die welt-



MIT-Mitglied Peter Kurth ist Präsident des Bundesverbands der Deutschen Entsorgungswirtschaft

weite Produktion von Kunststoffen bei 50 Millionen Tonnen. Bis 2018 hatte sie sich auf 360 Millionen Tonnen verdreifacht. Erschwerend kommt hinzu, dass Kunststoffe kaum natürlich abbaubar sind.

„Kunststoff ist ein unglaublich komplexes Thema. Allein in Deutschland werden jedes Jahr tausende Patente im Bereich Kunststoffverarbeitung angemeldet“, schätzt Peter Kurth. Grundsätzlich sei es aber durchaus möglich, Kunststoff zu recyceln: „Eine PET-Flasche, die nur aus PET besteht, kann relativ einfach aufbereitet werden. Wir haben aber Probleme bei Kunststoffen, die mit anderen Kunststoffen vermischt wurden“, sagt Kurth. Dies sei heute leider die Regel.

Recycling ist der Schlüssel zur Kreislaufwirtschaft

Ziel der Kreislaufwirtschaft ist es, bestehende Materialien und Produkte so lange wie möglich zu nutzen und sie im Anschluss aufzubereiten. Vor allem dem Recyceln kommt eine wichtige Rolle zu, da dadurch Müll vermieden und Rohstoffe gespart werden sollen. Marie-Luise Dött ist umweltpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von CDU/CSU und Vorsitzende der MIT-Kommission für Energie und Umwelt. Für sie ist die Weiterentwicklung der Kreislaufwirtschaft „eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft.“ Daran führe kein Weg vorbei und keine Branche sei davon ausgenommen. „Die Linearwirtschaft ist für keine Branche ein Modell mit Zukunft. Richtig ist allerdings, dass es je nach Branche und Produkt unterschiedliche Potentiale gibt“, sagt Dött. Gerade in der Lebensmittelbranche sei dies der Fall. „Hier sind die rechtlichen Vorgaben für die Qualität der Produkte sehr streng, der Einsatz von Rezyklaten schwieriger.“ Anders sei es in der Baubranche. „Dort werden schon heute große Mengen an mineralischen Abfällen wiederverwendet“, berichtet die Politikerin.

Ende Oktober wurde das deutsche Kreislaufwirtschaftsgesetz novelliert.

In seiner neuesten Fassung verpflichtet das Gesetz die öffentliche Hand dazu, bei der Beschaffung oder der Auftragsvergabe umweltfreundlichen Produkten Vorrang zu geben. Auch

„Sie schließen einen Kreislauf nicht alleine dadurch, dass sie den Entsorgern eine Quote vorgeben.“

Peter Kurth

werden die Recyclingquoten für bestimmte Abfälle wie Papier, Metall oder Kunststoffe erhöht. Ziel der Novelle ist es, die Kreislaufwirtschaft ökologisch weiterzuentwickeln. Das soll vor allem dadurch erreicht werden, dass Rohstoffe wie Papier, Plastik oder Bauxit stets neu aufbereitet und wiederverwendet werden. „Deutschland ist eine Industrienation und gleichzeitig ein rohstoffarmes Land. Deshalb sind wir auf Rohstoffe angewiesen. Entweder wir kaufen sie ein oder wir führen die vorhandenen Materialien so lange wie möglich im Kreislauf“, findet Dött. „Angesichts wachsender weltweiter Nachfrage und steigender Preise für Rohstoffe sind wir also gut beraten, die Kreislaufwirtschaft weiterzuentwickeln.“ Das Schließen von Stoffkreisläufen sei eine Voraussetzung für Ressourcenschutz, Klimaschutz und für eine prosperierende Wirtschaft. „Deswegen müssen wir prüfen, wie wir mögliche preisliche Nachteile der Rezyklate gegenüber Primärmaterialien reduzieren“, so Dött. Dabei gebe es unter-

schiedliche Ansätze. „Wir müssen die Forderung nach politischen Vorgaben von Einsatzquoten für Rezyklate für bestimmte Produkte diskutieren“, stellt Dött klar. Die Politikerin ist sich sicher, dass die Kreislaufwirtschaft eine Voraussetzung für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung ist. „Deshalb gehört Sie aus meiner Sicht in das CDU-Wahlprogramm“, erklärt sie.

„Design for Recycling“

Wenn die Kreislaufwirtschaft in Deutschland konsequent umgesetzt werden soll, muss der gesamte Lebenszyklus einer Ware oder eines Wertstoffes betrachtet werden. Vieles davon

läuft schon heute gut. Der Gelbe Sack wurde erstmals 1991 vom damaligen CDU-Umweltminister Klaus Töpfer eingeführt. Die Einführung war eine Innovation in der Umweltpolitik und

Anzeige



Lasergravur • Stickerei • Digitaldruck • Textildruck

Kontaktformulare ausfüllen... nervt?
Hier ist die Lösung:
unser Kuli mit Stempel



in 12 Farben, für über 5000 Abdrucke
In unserem Shop auf der Startseite unten:
Nützliche Helfer in Coronazeiten

55286 Wörrstadt • Friedrich-Ebert-Straße 36
Tel.: 06732-6008910
www.conradi-werbeartikel.de

wird bis heute weltweit kopiert. Auch trennen 94 Prozent der Deutschen ihren Müll, was die Entsorgung und die zum Recycling notwendige Sortierung erleichtert. Es sind also gar nicht so viele Stellschrauben, die noch gedreht werden müssen, um die Kreislaufwirtschaft voran zu bringen. „Man muss das Thema Ökodesign, das heißt Design for Recycling, ernster nehmen. Gerade bei problematischen Materialien wie Kunststoff muss bereits beim Design des Produktes die Entsorgung geklärt sein“, fordert BDE-Präsident Peter Kurth. Für die Zukunft wünscht er sich, dass diese Fragen geklärt sind, bevor ein Produkt überhaupt auf den Markt kommt. So sei bei der Diskussion über die Einführung der E-Roller vor allem über eine mögliche Helmpflicht oder ob die Roller auf der Straße, dem Radweg oder dem Bürgersteig fahren dürfen gestritten

„Die Kreislaufwirtschaft gehört in das CDU-Wahlprogramm.“

Marie-Luise Dött

worden. „Wie E-Roller vernünftig entsorgt und recycelt werden können, hat überhaupt keine Rolle gespielt - weder bei der Produktion noch beim Einsatz in der Praxis“, sagt Kurth.

Die Batterien der E-Roller bestehen aus Lithium. Anfangs wurden E-Roller gebaut, deren Batterien untrennbar mit dem Gerät verschmolzen waren. „Der ganze E-Roller war also Sonder-



Am Ende des Förderbandes werden die Leichtverpackungen mit Luftdruckdüsen sortiert.

müll und hatte dadurch hohe Anforderungen an die Entsorgung. Die Entsorgung wurde als Problem der Entsorgungswirtschaft zugeschoben“, moniert Kurth. Kreislaufwirtschaft funktioniert aber nicht ohne die Hersteller und die Industrie. „Sie schließen einen Kreislauf nicht alleine dadurch, dass sie den Entsorgern eine Quote vorgeben.“ Es brauche auch Vorgaben für die Herstellung der Produkte.

darf die Politik aber nicht nur an der Oberfläche kratzen. Wir müssen die gesamte Ökologie eines Produktes in den Blick nehmen.“ So sei das E-Auto nur auf den ersten Blick die Lösung für das CO₂-Problem. „Wenn wir die Umweltwirkungen des Lithium-Abbaus in Südamerika mit einbeziehen, ist das E-Auto keine ernsthafte Lösung. Die Kreislaufwirtschaft muss die gesamte Ökologie betrachten“, fordert Rösgen. Aus ökonomischer Sicht führe dennoch kein Weg an der Kreislaufwirtschaft vorbei. Der Ressourcenverbrauch weltweit wird laut OECD zwischen 2010 und 2060 von 67 Gigatonnen auf 176 Gigatonnen ansteigen. Rösgen: „Dafür ist einmal eine stetig wachsende Weltbevölkerung verantwortlich. In erster Linie entsteht der steigende Ressourcenverbrauch aber durch einen steigenden Lebensstandard.“ Es sei deswegen absolut notwendig zu klären, woher die Ressourcen kommen können. „Die grüne Antwort wäre vielleicht der Verzicht. Ich glaube aber nicht, dass das funktioniert. Man kann den Menschen in ärmeren Regionen einen höheren Lebensstandard nicht verweigern.“ Wie soll es also gehen? „Wir sind dazu verpflichtet, die Ressourcen, die wir haben, so vernünftig wie möglich einzusetzen. Darum ist Kreislaufwirtschaft eine absolut sinnvolle, notwendige, manchmal anstrengende Maßnahme“, sagt Rösgen. ●

Globaler Ressourcenverbrauch wächst rasant

MIT-Mitglied Stephan Rösgen kennt die Sicht der Hersteller. Er hat 30 Jahre in verschiedenen Funktionen innerhalb der Kreislaufwirtschaft gearbeitet, darunter zehn Jahre für einen weltweit tätigen Verpackungshersteller. Heute berät er Hersteller und Handelsunternehmen. „Wenn die Kreislaufwirtschaft richtig umgesetzt wird, ist sie kein Nachteil für deutsche Hersteller“, glaubt er. Denn am Ende entstünden Produkte, die ökologisch und ökonomisch besser seien. „Dann



Micha Knodt
Volontär
knodt@mit-bund.de



Marie-Luise Dött ist umweltpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von CDU/CSU und Vorsitzende der MIT-Umweltkommission



**Ast. Absägen.
Ihr wisst schon.**

Ohne Industrie kein Wohlstand.

GESAMT**METALL**
Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie

Von Trump zu Biden: Was passiert jetzt?

Das Wahlkollegium

Nach einer tagelangen Hängepartei hat sich der Kandidat der Demokratischen Partei, Joe Biden (77), die Mehrheit der 538 Wahlleute sichern können. In den USA wird der Präsident nicht direkt durch die Wähler, sondern durch ein Kollegium von Wahlleuten („Electoral College“) gewählt. Die US-Verfassung schreibt den Wahlleuten zwar nicht explizit vor, entsprechend des Ergebnisses in ihrem jeweiligen Bundesstaat abzustimmen. Es gibt jedoch einige Bundesstaaten, die ihre Wahlleute unter Androhung einer Geldstrafe durchaus dazu verpflichten. In der Vergangenheit scherten immer wieder einige Wahlleute aus. Den Ausgang einer Präsidentschaftswahl hat dies jedoch noch nie verändert.

Die weiteren Schritte

Bis zum 8. Dezember mussten die Wahlleute fürs Electoral College nominiert sein. Die Abstimmung über den neuen US-Präsidenten fand am 14. Dezember statt. Das ist im Regelfall nur eine Formsache. Bis Redaktionsschluss stand jedoch nicht fest, welchen Ausgang die Klagen des Amtsinhabers Donald Trump (74) genommen haben.

Das Ergebnis der Abstimmung wird am 6. Januar bei einer gemeinsamen Sitzung der beiden Parlamentskammern im US-Kongress (Repräsentantenhaus und Senat) bekanntgegeben. Die feierliche Vereidigung („Inauguration“) von Präsident und Vizepräsident wird am 20. Januar um 18 Uhr (12 Uhr Ortszeit) erfolgen. Bis dahin wird Donald

Trump im Weißen Haus leben, aber ohne echten Einfluss regieren.

Der Kongress

Bei der US-Wahl standen zudem die 435 Sitze des Repräsentantenhauses und rund ein Drittel der Sitze im Senat zur Wahl. Während die Demokraten ihre Mehrheit im Repräsentantenhaus ausbauen konnten, entscheiden am 5. Januar Stichwahlen in Georgia über die Mehrheit im Senat. Sollten die demokratischen Kandidaten dort beide Mandate erobern, so entstünde im Senat eine Pattsituation. Für diesen Fall sieht die US-Verfassung vor, dass der Vizepräsident mit seiner Stimme die Mehrheit herstellt – nach Bidens Amtsantritt also Kamala Harris. Behalten die Republikaner ihre Mehrheit, könnte der Senat wichtige Gesetzesvorhaben des Präsidenten blockieren.

Die Übergabe

In den USA regelt ein eigenes Gesetz, der Presidential Transition Act von 1963, die Übertragung der präsidentialen Aufgaben. Umgesetzt wird das Gesetz von einer unabhängigen Behörde. Sobald ein Wahlsieger feststeht, beginnt der Übergang. Üblicherweise treffen sich der scheidende Präsident und der neu gewählte Präsident regelmäßig, um die Amtsübergabe vorzubereiten. Der neue Präsident bekommt unter anderem ein 1000-seitiges „Handbuch der Regierung“. Hinzu kommt das gut 200 Seiten dicke „Pflaumenbuch“, in dem rund 9000 Top-Positionen aufgelistet sind, die der Präsident neu besetzen kann.

Die US-Amerikaner haben Joe Biden zum neuen Präsidenten gewählt. Bis zum 20. Januar bleibt jedoch Präsident Donald Trump im Amt. Wie funktioniert die Übergabe? Und was ist vom neuen Präsidenten zu erwarten?

Übrigens: Stirbt Biden im Amt, würde Vizepräsidentin Harris als Präsidentin aufrücken – und es würde sofort ein neuer Vizepräsident bestimmt. Stößt beiden etwas zu, würde der Sprecher des Repräsentantenhauses Präsident.

Der Katastrophenfall

Nicht ausgeschlossen ist, dass sich der Amtsinhaber bis in den späten Januar hinein weigert abzutreten. Dann wären Proteste oder landesweite Ausschreitungen möglich. Trump könnte theoretisch mit Unterstützung ihm nahestehender Gouverneure die Nationalgarde mobilisieren oder gar das Kriegsrecht ausrufen („Insurrection Act“). Regierungsbeamte leisten allerdings einen Eid, um die US-Verfassung aufrechtzuerhalten. Daher scheint es unwahrscheinlich, dass Militär, Geheimdienst, FBI oder ein anderer Teil der Verwaltung dem neu gewählten Präsidenten das Amt verweigern. In den USA ist es zudem Rechtsprinzip,

dass sich Mitglieder des Militärs aus der innerstaatlichen Strafverfolgung heraushalten.

Die Positionen

Mit Biden folgt auf den Unternehmer Trump nun wieder ein Berufspolitiker im Amt des US-Präsidenten. Der frühere Stellvertreter von Barack Obama gilt als moderat. Er will die Coronapandemie mit einer nationalen Strategie eindämmen, die Beziehungen zu Verbündeten in der Welt aufbessern und die USA in internationale Abkommen zurückführen.

Vor der Wahl kündigte er an, Leistungsträger mit einem Einkommen von mehr als 400.000 Dollar steuerlich stärker zu belasten. Damit sollen Sozialprogramme und das Gesundheitssystem ausgebaut werden. Die von Trump auf 21 Prozent gesenkte Unternehmenssteuer – was entscheidend zum wirtschaftlichen Aufschwung der USA beitrug und wovon auch Arbeitnehmer profitierten – will

Biden wieder auf 28 Prozent anheben. Elf Millionen illegal ins Land eingewanderte sollen einen Weg zur US-Staatsbürgerschaft bekommen. Wie Trump steht auch Biden dem Nord-Stream-2-Projekt kritisch gegenüber. Die Konflikte mit China und Nordkorea dürften sich eher verschärfen. Bei traditionellen US-Verbündeten wie Deutschland sorgte Bidens Wahlsieg dennoch für Erleichterung.

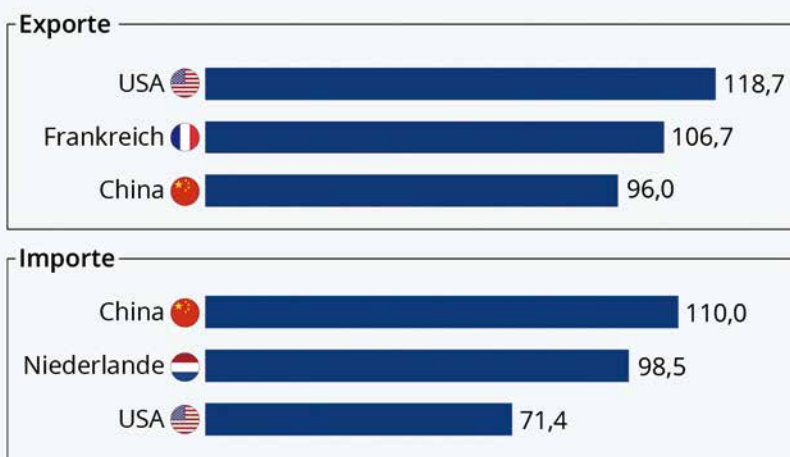
Die Erwartungen

Friedrich Merz, Kandidat für den CDU-Vorsitz und MIT-Präsidiumsmitglied, sagte, mit Biden gebe es „eine Chance, dass Europa und Amerika wieder besser zusammenarbeiten und gemeinsam für Frieden und Freiheit auf der Welt eintreten“. MIT-Vize Matthias Heider verbindet mit Biden ebenfalls die Hoffnung, dass er dem Amt „wieder Bedeutung, Würde und Respekt verleiht“. Der Vorsitzende der USA-Parlamentariergruppe im Bundestag hofft darauf, dass die USA und die EU nun ein neues Freihandelsabkommen aushandeln: „Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Wohlstand können wir damit auf Jahrzehnte sichern, gerade im globalen Wettbewerb mit Ländern wie dem aufstrebenden China“, so Heider.

Während die US-Wirtschaft vor allem auf einen Konjunkturstimulus hofft, erwartet der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) vom künftigen US-Präsidenten, das „riesige Potenzial des transatlantischen Marktes ernst zu nehmen“. EU- und US-Unternehmen handelten Tag für Tag Waren im Wert von rund 1,7 Milliarden Euro miteinander. BDI-Präsident Dieter Kempf: „Die USA müssen endlich darauf verzichten, Zölle unter dem Deckmantel der nationalen Sicherheit zu erheben oder anzudrohen.“ ●

So wichtig sind die USA für die deutsche Wirtschaft

Wichtigste Handelspartner Deutschlands nach Wert der Exporte/Importe 2019 (in Mrd. €)



Quelle: Statistisches Bundesamt



Hubertus Struck
Redakteur/CvD
struck@mit-bund.de



PRO & CONTRA

Schränken die Corona-Maßnahmen die Freiheit zu sehr ein?

In dieser Rubrik lassen wir Mitglieder der MIT zu Wort kommen.

Die Beiträge geben ihre persönliche Meinung wieder.

Langfrist-Lösung statt Lockdown



Christoph Ploß (35) ist Landesvorsitzender der CDU Hamburg. Der Bundestagsabgeordnete und promovierte Historiker gehört als Co-Vorsitzender der Verkehrskommission dem MIT-Bundesvorstand an.

März 2020: Es zeichnet sich immer stärker ab, dass sich das Coronavirus auch in Deutschland ausbreitet. Ebenso wie in anderen europäischen Staaten ergreift unser Land rigide Maßnahmen und leitet einen einschneidenden Lockdown ein: Kontaktbeschränkungen und Schulschließungen werden beschlossen, die Wirtschaft wird massiv heruntergefahren.

November 2020: Die befürchtete zweite Welle ist da! Erneut kämpft Deutschland mit steigenden Infektionszahlen. Wie im Frühjahr setzt unser Land auf die Einschränkung von Grundrechten und die Schließung von Betrieben.

Viele Mittelständler fragen sich zu Recht: Überlebt meine Firma einen weiteren Lockdown? Soll es jedes Mal bei steigenden Infektionszahlen zu solchen rigiden Beschlüssen kommen, die zu enormen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kollateralschäden führen?

Auf diese Fragen langfristige Antworten zu finden, ist dringender denn je. Seit dem ersten Lockdown haben wir viel über das Virus gelernt und könnten nun mithilfe der neugewonnenen Erkenntnisse zielgerichtet Maßnahmen ergreifen. Ein Beispiel: Viele Unternehmen haben funktionierende Hygienekonzepte entwickelt und mit

großem finanziellem Aufwand umgesetzt. Anstatt diese Betriebe pauschal zu schließen, sollte der Fokus darauf liegen, konsequenter gegen diejenigen vorzugehen, die Abstands- und Hygieneregeln nicht einhalten und Super-spreader-Events veranstalten.

Auf Dauer lassen sich Corona-Hilfsprogramme, so wichtig sie sind, nicht finanzieren. Jeder weitere Lockdown bedeutet, dass wir zukünftigen Generationen weitere Schuldenberge aufbürden und diese damit weniger Handlungsspielräume

haben. Anstelle von pauschalen Lockdowns sollten intelligente, technologische Lösungen wie Belüftungssysteme zum Zuge kommen. Zudem müssen wir die Digitalisierung der Gesundheitsämter noch stärker vorantreiben. Da-

tenschutz darf nicht über der Gesundheit, dem Recht auf Bildung und Berufsausübung oder über Freiheitsrechten stehen. Die Corona-App sollte so weiterentwickelt werden, dass Gesundheitsämter Echtzeitdaten sicher verwenden können, damit der Verbreitung des Virus effektiv entgegengewirkt wird. Taiwan, Japan und Südkorea machen vor, wie man in den 2020er Jahren eine Pandemie in den Griff bekommt. Anstatt mit Methoden aus dem Mittelalter sollten wir die digitalen Möglichkeiten der 2020er Jahre nutzen! ●

PRO

Mit der zweiten Coronawelle haben Bund und Länder wieder umfassende Einschränkungen des öffentlichen Lebens beschlossen. Neben Maskenpflicht und Kontaktbeschränkungen gelten Veranstaltungsverbote, Sperrstunden und viele weitere harte Maßnahmen, die die individuellen Freiheitsrechte des Einzelnen beschneiden. Sind die Restriktionen zu hart? Oder sind sie unverzichtbar zum Schutz der Bürger und zur Eindämmung der Pandemie?

Ihre Meinung zählt

Stimmen Sie mit ab auf der MIT-Webseite! Unter www.mit-bund.de/mitmachen/umfrage können Sie Ihre Meinung zum aktuellen Pro und Contra äußern. Über das Abstimmungsergebnis informieren wir im MIT:NEWSLETTER. Sollten Sie diesen noch nicht erhalten, können Sie ihn unter www.mit-bund.de/newsletter kostenlos abonnieren.

Freiheit hat Grenzen

Die Corona-Pandemie stellt die globale Gemeinschaft vor bisher unbekannte Herausforderungen. Die Ausbreitung des Corona-Virus konnte bisher deutlich verlangsamt werden, mit der Folge, dass die Versorgung erkrankter Bürger zu keinem Zeitpunkt ernsthaft gefährdet war. Das gelang nur aufgrund einer gewaltigen Kraftanstrengung, die von allen gesellschaftlichen Gruppen erhebliche Opfer einforderte, und weil sich der Großteil der Bürger verantwortungsvoll an die geltenden Regelungen gehalten hat.

Das Recht auf körperliche Unversehrtheit sowie die Freiheitsrechte in unserer Verfassung sind zentrale Grundrechte. Diese aufgrund der Pandemie einzuschränken, mag einer enormen Strapazierung gleichkommen. Der Gedanke der Freiheit bedeutet im Sinne unserer Verfassung aber nicht, einfach tun und lassen zu können, was man will, sondern die Freiheit bildet die Grundlage, dass wir die besten Entscheidungen für uns und andere treffen können. Die Freiheit des Einzelnen muss immer dort seine Grenzen finden, wo es um den Schutz der Schwächeren geht.

Auch für Unternehmer stellt jeder COVID-19-Fall ein Risiko dar. Bei größerem Infektionsgeschehen müssen ganze

Abteilungen oder Standorte in Quarantäne. Insbesondere jetzt, wo die Zahlen der Neuinfektionen deutlich steigen, kommt es auf jeden Einzelnen an, mit Disziplin und Eigenverantwortung weiterhin die Abstands- und Hygieneregeln einzuhalten. Nach Ansicht der Gesellschaft für Virologie ist von einer anhaltenden Gefährdung zu sprechen, da sich das Virus vermehrt in der Fläche verbreitet und die Infektionszahlen in der kälteren Jahreszeit weiter zunehmen werden.

Angesichts der enormen Einschränkungen für unsere Wirtschaft hat Deutschland im März das größte Hilfspaket in der Geschichte der Bundesrepublik verabschiedet und weitere Nachbesserungen im Mai und November vorgenommen. Die Bundesregierung und besonders Wirtschaftsminister Peter Altmaier unterstützen Bürger und unsere Wirtschaft dabei, gestärkt aus der Krise hervorzugehen. Insbesondere Mittelständlern sowie Soloselbstständigen und Freiberuflern soll mit den „Überbrückungshilfen“ unbürokratisch Zugang zum Abruf der finanziellen Unterstützung ermöglicht werden. Ziel aller Maßnahmen bleibt es, besonders in den kritischen Herbst- und Wintermonaten die Infektionsdynamik unter Kontrolle zu halten. ●

CONTRA



Uwe Feiler (55) ist Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Der CDU-Bundestagsabgeordnete und Finanzwirt ist Landesvorsitzender der MIT Brandenburg.

EU-Check

Irrwitzige Verordnung oder sinnvolle Richtlinie? In dieser Rubrik bewerten unsere EU-Experten des PKM Europe regelmäßig neue EU-Vorhaben.



Vereinfachung und Ausweitung der Beihilferegeln

Die EU-Kommission hat den befristeten Rahmen für Beihilfen bis zum Sommer 2021 verlängert. Dies ist Voraussetzung dafür, dass auch im kommenden Jahr Hilfen und Sofortkredite in den Mitgliedsländern ausgezahlt werden können. Darüber hinaus wurden Kumulierungsregeln vereinfacht und Unternehmen können Fixkostenzuschläge erhalten, die nicht der bis dato festgelegten Obergrenze von 800.000 Euro angerechnet werden müssen. Auch hat die Kritik aus Brüssel und Berlin dazu beigetragen, dass die Kommission jetzt zur Einsicht gekommen ist und die EU-Beihilfavorschriften der De-Minimis-Verordnung überarbeiten will. Dies ist insbesondere in der aktuellen Situation ein wichtiges Signal für Mittelständler.



EU-Lieferkettengesetz würde Bürokratie bringen

Aktuell wird auf EU-Ebene debattiert, die Leitsätze für Sorgfalts- und Rechenschaftspflichten von Unternehmen zu rechtsverpflichtenden Leitlinien zu machen. Damit sollen Menschenrechts-, Umwelt- und Sozialstandards entlang der Lieferketten besser eingehalten werden. Dabei kann Europa Standards setzen. Europa darf im internationalen Wettbewerb jedoch nicht gegenüber Ländern ins Hintertreffen geraten, die deutlich weniger Interesse an einer Harmonisierung von Standards haben. Zumal ein solches Vorhaben insbesondere Mittelständler hart treffen kann. Weitere bürokratische Hürden müssen verhindert werden. Unternehmen müssen durch Bürokratieabbau in ihrer originären Geschäftstätigkeit gestützt, nicht behindert werden.

Die Jury

Markus Ferber (CSU) und Dr. Markus Pieper (CDU) sind Mitglieder des Europäischen Parlaments und Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand Europe



PKMEurope
der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Öffentlich-Rechtliche



MIT für Rundfunkreform

Die MIT hat sich gegen eine Erhöhung des Rundfunkbeitrages ausgesprochen. „Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat gerade in der Krise eine wichtige Funktion“, sagte MIT-Vorsitzender Carsten Linnemann. Allerdings würden derzeit Millionen von Arbeitnehmern und Unternehmen enorme Einkommensverluste erleiden. „Da finde ich es kaum vermittelbar, wenn man diesen Menschen jetzt die Beiträge erhöht.“ Viele Aufgaben und Strukturen der Öffentlich-Rechtlichen seien nicht mehr zeitgemäß und müssten besser organisiert werden. Die MIT beschäftigt sich derzeit in mehreren internen Fachgesprächen mit Reformvorschlägen. Der Rundfunkbeitrag soll im kommenden Jahr von 17,50 auf 18,36 Euro im Monat angehoben werden.

MIT Niedersachsen

Andreas Sobotta hört auf

In Niedersachsen kennt ihn beinahe jedes MIT-Mitglied und auch auf Bundesebene ist er vernetzt wie wenige. Nun geht der Hauptgeschäftsführer der Niedersachsen-MIT, Andreas Sobotta (65), in den verdienten Ruhestand. Mehr als 33 Jahre lang stand er im Dienst der MIT. Zuvor diente der heutige Major der Reserve als Hauptmann bei der Bundeswehr. 1987 wechselte Sobotta zur MIT Niedersachsen, zunächst als stellvertretender MIT-Landesgeschäftsführer. Zwischen 1990 und 1992 baute er dann die MIT in den neuen Bundesländern maßgeblich mit auf. Von 1993 bis Ende 1994 führte er die Geschäfte der MIT in Brandenburg. 1995 führte sein Weg zurück nach Hannover, diesmal als MIT-Hauptgeschäftsführer. Sobottas Nachfolge tritt zum 1. Januar 2021 Steffen Preugschat an. Der 35-jährige Betriebswirt war zuvor als Organisationsreferent bei der CDU Deutschlands beschäftigt.



Keine Quoten in Vorständen

Die geplante Frauenquote in Unternehmensvorständen ist aus MIT-Sicht der falsche Weg. Diese stelle „einen immensen Eingriff in die unternehmerische Freiheit dar – egal ob bei Mittelständlern oder bei DAX-Unternehmen“, sagt der stellvertretende MIT-Bundesvorsitzende Franz Josef Pschierer. Es solle den Unternehmen selbst überlassen sein, wie sie ihren Vorstand zusammensetzen. Auch MIT-Vize Jana Schimke kritisiert den Koalitionsbeschluss: Statt betriebliche Personalpolitik vorzugeben, solle der Staat auf positive Anreize wie das Elterngeld und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf setzen.

MIT-Initiative

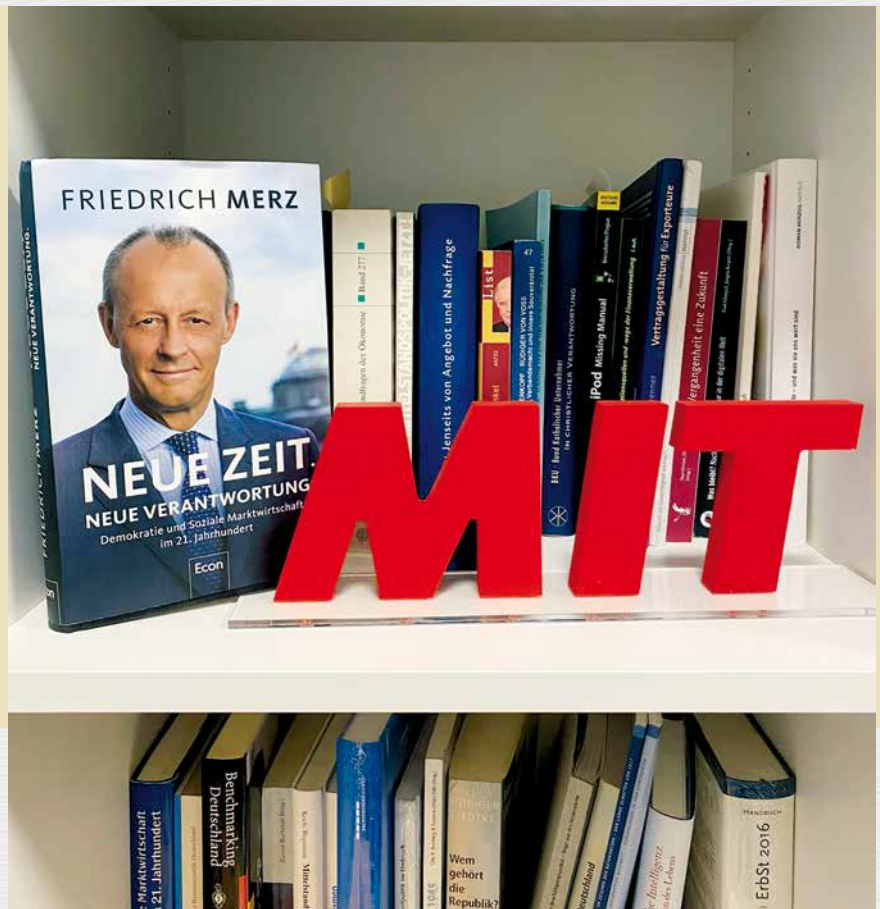
Krisenhilfe für Unternehmen

Die CDU will die steuerliche Verlustverrechnung verbessern. Damit könne der Staat zielgenau Unternehmen helfen, die vor der Krise Gewinne erzielt haben und nun allein coronabedingt Verluste schreiben, heißt es in einem Papier des Bundesausschusses Wirtschaft, Arbeitsplätze und Steuern. Konkret soll die Höchstbetragsgrenze beim Verlustrücktrag von fünf auf 50 Millionen Euro bei Einzelveranlagung und von zehn auf 100 Millionen Euro bei Zusammenveranlagung angehoben werden. Zudem soll sich die Verlustverrechnung auf zwei Vorjahre erstrecken. Damit greift die CDU einen Beschluss des MIT-Bundesvorstands vom 8. Mai auf.

MIT After Work

Digitale Buchvorstellung mit Merz und Südekum

Friedrich Merz hat in einem exklusiven „MIT After Work“ den Mitgliedern der MIT sein neues Buch „Neue Zeit – Neue Verantwortung“ vorgestellt. Mehr als 350 Mitglieder schalteten sich zu. Einen kritischen Blick auf das Buch warf der Ökonom Jens Südekum. MIT-Chef Carsten Linnemann übernahm die Moderation der einstündigen Veranstaltung. Das Format wurde digital aufgezeichnet und steht auf Youtube zur Verfügung:



„Ich bin neu in der MIT, weil ...“

... der Mittelstand eine starke Stimme braucht.“



Wemal Kumar

Schiffahrtskaufmann,
MIT Hamburg-Altona

... der Mittelstand das Fundament unseres gesellschaftlichen Wohlstands und damit einen Grundpfeiler unserer Demokratie bildet.“



Julia Brandenburg

Wissenschaftliche Mitarbeiterin,
MIT Fulda

... viele Auslandsaufenthalte mir gezeigt haben, wie essenziell unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, eine offene Gesellschaft, unsere Soziale Marktwirtschaft und ein starker Mittelstand für uns alle sind.“



Dr. Markus Hellenthal

Geschäftsführer,
MIT Rhein-Hunsrück-Kreis

Neumitglieder

Wemal Kumar (36) kam mit 15 Jahren nach Deutschland. Nach dem Abitur absolvierte er eine Ausbildung zum Schiffahrtskaufmann bei der dänischen Containerschiff-Reederei Maersk in Hamburg. Dort lernte er den Hafenstandort Hamburg sowie die Transport- und Logistikwirtschaft insgesamt näher kennen an.

Nach einem MBA-Studium an der privaten EBS-Universität für Wirtschaft und Recht in Oestrich-Winkel wechselte er die Perspektive und ging in die Landtransportbranche. Seit 2019 ist er zurück in der Schifffahrt und leitet den Vertrieb der israelischen Reederei ZIM in Deutschland. Der Vater zweier Töchter spielt gerne Schach sowie Cricket, wenn es die Zeit zulässt. Außerdem ist er zusammen mit seiner Frau im Familiengeschäft involviert, das Bio-Gewürze nach Deutschland importiert.

Julia Brandenburg (30) kommt aus einer Unternehmerfamilie aus Düsseldorf. Schon von klein auf half sie im Familienbetrieb aus und war dort zeitweise hauptberuflich tätig. Sie lebte unter anderem in Neuseeland und den Niederlanden, wo sie ihren Bachelor und zwei Masterstudiengänge in internationalem Recht abschloss. Danach arbeitete sie unter anderem bei einem Energieversorger und im Abgeordnetenbüro von David McAllister in Brüssel, um den Arbeitsalltag der Institutionen und Unternehmen auf europäischer Ebene kennenzulernen. Seit Jahresbeginn ist sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin für die hessischen CDU-Landtagsabgeordneten Markus Meysner und Thomas Hering tätig. Nebenbei engagiert sie sich im CDU-Verband Bad Salzschlirf und als Schatzmeisterin im Kindergarten-Förderverein.

Markus Hellenthal (63) ist in Deutschland und Großbritannien aufgewachsen, hat Jura, Soziologie, danach Verwaltungswissenschaften in Speyer und später Business Management in St. Gallen studiert. Bis zu seinem Ausstieg 1997 arbeitete er im Polizei- und Verwaltungsdienst, zuletzt als Direktor der Bundespolizei und Referatsleiter im Bundesinnenministerium. Danach wechselte er in der Industrie und arbeitete unter anderem im Spitzenmanagement von Capgemini, IBM, der Thales-Gruppe, Airbus, Accenture sowie als Mitglied in verschiedenen Aufsichtsräten. Seit 2019 ist er Geschäftsführer der zur RAG-Stiftung gehörenden RSBG ICT GmbH und verantwortet dort das Geschäft für den öffentlichen Sektor. Hellenthal ist seit 39 Jahren glücklich verheiratet, hat drei Kinder und fünf Enkel.

Die MIT ist mit rund 25.000 Mitgliedern der stärkste und einflussreichste parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. In unserer Vereinigung ist jeder willkommen, der die ordnungspolitischen Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft schätzt. In dieser Rubrik stellen wir mit jeder Ausgabe drei unserer Neumitglieder vor. Mehr Infos zur Mitgliedschaft: www.mit-bund.de/mitgliedschaft

Zu: Mittelständler als Menschenrechtspolizei, 5-20


Für mittelständische Unternehmen ist das Eingreifen des Gesetzgebers in aller Regel wegen der damit oft verbundenen Über-Bürokratisierung ein massives Problem. Das geplante Lieferkettengesetz wäre nur ein weiteres Beispiel dafür. Langfristig denkende Mittelständler haben es aber auch schon heute in der Hand, ohne großen Aufwand ihre Lieferanten nach grundlegenden Kriterien zu bewerten. So ist niemand gezwungen, zum Beispiel für seine Kantinen Fleisch von Betrieben zu kaufen, in denen die Arbeitsbedingungen an Sklaverei grenzen. Man darf seine Lieferanten auch gezielt

befragen und in gebotenen Umfang verpflichten, Kriterien einzuhalten. Wenn aber auch im Mittelstand eine „Geiz-ist-geil-Mentalität“ das entscheidende Momentum ist, darf man sich über staatliche „Fürsorge“ nicht wundern!

*Deodat von Eickstedt,
MIT Garbsen*

Leserbriefe geben die Meinung der Autoren und nicht die der Redaktion wieder.
Schreiben Sie uns: redaktion@mit-bund.de

Anzeige



FÜR UNSERE GESUNDHEIT

FEIERT **HEBAMME LINDA**
JEDEN TAG GEBURTSTAG.

WIR SAGEN DANKE.

Gemeinsam machen wir das deutsche Gesundheitssystem jeden Tag zu einem der besten der Welt. Mehr unter pkv.de/linda



IHRE PRIVATEN
KRANKENVERSICHERER

Die fünf größten MIT/MU-Kreisverbände (31.10.2020)

Vechta
(Niedersachsen)
863 Mitglieder
Kreisvorsitz:
Werner Lübbe

Fulda
(Hessen)
584 Mitglieder
Kreisvorsitz:
Jürgen Diener

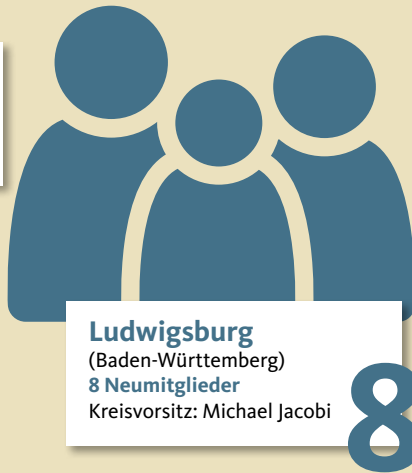
Paderborn
(Nordrhein-Westfalen)
582 Mitglieder
Kreisvorsitz:
Ulrich Lange

Rhein-Kreis-Neuss
(Nordrhein-Westfalen)
432 Mitglieder
Kreisvorsitz:
Stefan Arcularius

Meppen
(Niedersachsen)
406 Mitglieder
Kreisvorsitz:
Reinhard Winter

Verbände mit dem größten absoluten Zuwachs (30.09.2020 – 31.10.2020)

14 **Dithmarschen**
(Schleswig-Holstein)
14 Neumitglieder
Kreisvorsitz: Bernd Wilke



Frankfurt am Main
(Hessen)
7 Neumitglieder
Kreisvorsitz: Dr. Boris Rhein

8 **Köln**
(Nordrhein-Westfalen)
8 Neumitglieder
Kreisvorsitz: Karl Alexander Mandl

Wunsiedel i. Fichtelgebirge
(Bayern)
8 Neumitglieder
Kreisvorsitz: Rolf Küstner

8 **Ludwigsburg**
(Baden-Württemberg)
8 Neumitglieder
Kreisvorsitz: Michael Jacobi

Verbände mit dem größten relativen Zuwachs (30.09.2020 – 31.10.2020)

+89%

Wunsiedel i. Fichtelgebirge (Bayern)
Kreisvorsitz: Rolf Küstner

+25%

Dithmarschen (Schleswig-Holstein)
Kreisvorsitz: Bernd Wilke

+14%

Rhein-Hunsrück-Kreis
(Rheinland-Pfalz)
Kreisvorsitz: Kerstin Rudat

+25%

Mansfeld-Südharz (Sachsen-Anhalt)
Kreisvorsitz: Dr. Mathias Köllner

+20%

Nordwestmecklenburg
(Mecklenburg-Vorpommern)
Kreisvorsitz: Dr. Hans-Heinrich Uhlmann



WIR ERWEITERN HORIZONTE. DAMIT IDEEN WACHSEN KÖNNEN.

ES IST AN DER ZEIT, SCHON HEUTE FÜR GROSSARTIGE
IDEEN VON MORGEN ZU BEGEISTERN.



Die Zukunft erfinden wir alle gemeinsam. Deshalb fördern wir weltweit soziale Projekte, übernehmen Verantwortung für Jugend, Bildung und Technik und leisten einen Beitrag für die Gesellschaft. **Gemeinsam mit unseren Marken gestalten wir richtungweisende Ideen, die neue Wege eröffnen. Von der Vision zum Erlebnis.**

www.bmwgroup.com

GEMEINSAM SCHREIBEN WIR GESCHICHTE. DIE DER ZUKUNFT.

**BMW
GROUP**

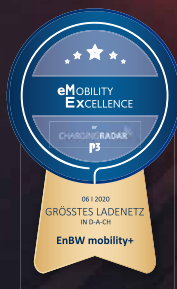
THE NEXT
100 YEARS 



Rolls-Royce
Motor Cars Limited

WILLKOMMEN IM ENBW HYPERNETZ!

Erleben Sie Deutschlands besten und größten
E-Mobilitätsanbieter.



enbw.com/hypernetz

— EnBW